

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expediton: Fürststraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5, Patthiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. - Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägertlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägertlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 200 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton Fürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Verzweigungswahlen in Hamburg

Erste Niederlage der Sozialdemokratie - Sieg der Nazis und Nazis Der Senat verliert die Mehrheit - anderweitige Regierungsbildung unmöglich

Hamburg, 28. September (Eigener Funkbericht.)

Die Hamburger Wahl hat die Erwartungen des demokratischen und freiwirtschaftlichen Deutschland nicht erfüllt. Die Verzweigungswahl, die die Volksmassen angeht, hat die Wähler in der ersten Runde nicht erfüllt. Das Bild des 27. September 1931 ist über kein besseres, als das des 14. September 1930. Auch die Hamburger Bürgerchaftswahl ist eine Katastrophe und ihre wirtschaftlichen und politischen Folgen für Hamburg sind dabei - obgleich sie nicht unterschätzt werden dürfen - nicht einmal das Schlimmste. Größer und gefährlicher werden die politischen und psychologischen Auswirkungen auf das Reich sein.

Die Nazis haben ihre Stimmenzahl vom September 1930 um fast 58.000, das sind rund 40 Prozent steigern können. Das Bürgertum, das sich noch vor wenigen Jahren in seiner Mehrheit um die Mittelparteien scharte, ist abgewandert zu den Nazis. Nur die Staatspartei hat relativ günstig geblieben. Die Kommunisten haben 33.000 Stimmen oder 20 Prozent gewonnen. Die Sozialdemokratische Partei hat gegen September 1930 rund 26.000 Stimmen verloren. Gegenüber der letzten Bürgerchaftswahl im Februar 1928 beträgt der Verlust etwa 40.000 Stimmen. Mit einem Verlust von 14 Mandaten kehrt sie in die neue Bürgerchaftswahl. Das ist ein empfindlicher Verlust, aber die Sozialdemokratie hat das Recht und die Pflicht, auf die fürchterliche Zerstörung des wirtschaftlichen und damit politisch-sozialen Gefüges zu verzichten. Die Wirtschaftskrise und ihre Zuspitzung durch die Katastrophopolitik von rechts und links, wie die wirtschaftlich unsinnige Politik der Reichsregierung, die die Weltkassenstadt besonders hart getroffen hat, haben auch die Hamburger Bevölkerung im Tiefsten gemüht. Das Arbeitslosenheer ist gewachsen wie eine und mittlere Existenzen sind vernichtet. Elend und Verzweiflung haben tausende von Menschen ergriffen. Es ist kennzeichnend, daß in der Agitation sowohl der Nationalsozialisten als auch der Kommunisten, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richteten, nicht so sehr die hamburgischen als vielmehr allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse im Vordergrund standen. Daß sich aus dem 215.000 Männer und Frauen in Hamburg zur Sozialdemokratie bekann haben, ist nicht nur ein Erfolg des Apparates, sondern eine Manifestation tief begründeter leidenschaftlicher demokratischer Gesinnung, ist ein Erfolg einer jahrzehntelangen Arbeit. Die Sozialdemokratie hat sich auch in Hamburg an der Wall erwiesen, der allein gegenüber den andrängenden Mächten eines verbrecherischen Radikalismus standhält.

Die Regierungsverhältnisse sind durch den Ausgang der Hamburger Wahl höchst ungeklärt. Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutsche nationale haben die Mehrheit der Sitze inne, so daß der gegenwärtige Senat, der aus Sozialdemokraten, Staatspartei, Volkspartei und dem Zentrum besteht, keine Mehrheit mehr in der Bürgerchaft hat. Er kann also jederzeit gestürzt werden. Aber, da die Opposition nicht in der Lage ist, sich zu einer Regierungsbildung zusammenzufinden, und da andererseits auch die bürgerlichen Parteien keine Mehrheit haben, ist ein ungeklärter Zustand eingetreten. Wahrscheinlich kommt auch in Hamburg, was schon in Sachsen und Bayern seit Monaten besteht: eine an sich gestürzte Regierung amtiert als geschäftsführende Regierung weiter.

Das Endergebnis der Wahlen zur Hamburgischen Bürgerchaft

Hamburg, 28. September.
12,40 Uhr früh lag das Endergebnis der Bürgerchaftswahlen vor. Es erhielten:
Sozialdemokraten 214.509 (gegen 240.984 bei den letzten Reichstagswahlen und 246.685 bei den Bürgerchaftswahlen von 1928), Kommunisten 168.618 (135.279 bzw. 114.257), Deutsche nationale 43.269 (31.376 bzw. 94.048), Staatspartei 67.083 (64.129 bzw. 87.553), DVP 36.920 (69.145 bzw. 85.607), Wirtschaftspartei 11.373 (16.910 bzw. 20.136), Nat.-Soj. 202.465 (144.684 bzw. 14.760), Zentrum 10.794 (10.980 bzw. 9402), Volksrechtspartei 1156 (1937 bzw. 5609), Liste Heuborn 1937 (1037 bzw. nichts), Christlich-sozialer Volksdienst 8470 (11.968 bzw. nichts).

Die Mandatsverteilung in der neuen Hamburger Bürgerchaft

Hamburg, 28. September.
Nach dem heutigen Wahlergebnis verteilen sich die Mandate in der neuen Hamburger Bürgerchaft wie folgt:
SPD. 45 (nach den letzten Bürgerchaftswahlen 60),
KPD. 35 (27),
DNVP. 9 (22),
Staatspartei 14 (21),
DVP. 7 (20),
Wirtschaftspartei 2 (4),
NSDAP. 43 (3),
Zentrum 2 (2),
Christl.-soz. Volksdienst 2 (0).

Die Wahl in Hamburg

A.Kr. Es kann kein Zweifel sein, daß der Wahlausgang auch die, die sich darüber klar waren, daß die Wahlen in Hamburg einen Ausbruch nach ganz rechts und ganz links und einen Rückgang der Sozialdemokratie bringen würden, enttäuschen muß. Denn der Stimmenrückgang der Sozialdemokratie ist, für sich gesehen, zwar gar nicht einmal besonders groß, er beträgt gerade 10 Prozent, aber die Verringerung des politischen Gewichts der Partei ist doch außerordentlich stark und gefährlich. Auch der Stimmenrückgang selbst wiegt schwerer, als seiner bloßen Größe entspricht, da er ein weiterer Rückgang ist, noch über das Maß dessen hinaus, das schon bei der Reichstagswahl vor einem Jahr zu beklagen war. Er wiegt deshalb so stark, weil er zeigt, daß ein Jahr starker Anstrengungen und gesteigerter politischer Agitation nicht ausgereicht haben, um den Rückgang der Wählerstimmen unserer Partei zu stoppen. Daß trotz aller Gewaltpolitik, aller Rohheiten und allen Verjagens der Nazis diese dadurch einen überraschend starken Stimmenzuwachs erhalten haben. Auch den Hinweis auf die Verzweigungswahl der großen Volksmassen und die Not, die durch die Wirtschaftskrise erzeugt ist, ist nur ein geringer Trost. Denn auch die größte Not könnte diese politische Erschütterung nicht hervorrufen, wenn die Politik, die getrieben wird, so wäre, daß durch sie die Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Lage der großen Volksmassen wirksam gemildert werden. Deshalb ist der Wahlausgang eine ernste Warnung an die Reichsregierung, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik möglichst bald grundlegend zu ändern, wenn sie nicht Deutschland politisch in den Abgrund stürzen will. Es ist aber auch eine ernste Mahnung an die Sozialdemokratische Partei, die Politik, die sie im letzten Jahre getrieben hat, aufs neue gründlich nachzuprüfen und alle Kräfte anzuspannen, um weitere Verschlechterungen der Lage der Arbeiterklasse auf jeden Fall zu verhindern. Gewiß ist es an sich ein Trost, daß die Nationalsozialisten mit ihrer Agitation die klassenbewußten Arbeiter nicht zu verlocken vermögen. Denn auch dieser Wahlausgang zeigt wieder, daß ihr Stimmenzuwachs aus dem Lager der klassenbewußten Arbeiter gleich null ist, daß sie vielmehr allein das Bürgertum zu zerlegen vermögen. Was die Sozialdemokratie verloren hat, haben vielmehr die Kommunisten vollständig aufgehoben. Aber die Kommunistische Partei hat sich ja in dem letzten Jahre noch weiter so politisch verannt, daß es in bezug auf die politische Arbeit der Zukunft kaum einen Unterschied macht, ob die von der Sozialdemokratie abgewanderten Stimmen zu den Nationalsozialisten oder zu den Kommunisten gegangen sind. Auch deshalb wiegt der Stimmenverlust der Sozialdemokratie besonders schwer, weil auch diese Wahl wieder einen Zuwachs der Wahlbeteiligung gebracht hat und weil, wenn man die gesamten abgegebenen Stimmen ins Auge faßt, der Rückgang des prozentualen Anteils der Sozialdemokratie an ihnen weit härter ist, als der direkte Stimmenverlust anzeigt. Daher erklärt sich ja auch der große Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten und zum Teil auch der Kommunisten. Beide Parteien haben zusammen allein weit mehr gewonnen, als die übrigen Parteien insgesamt verloren haben. Dieser Umstand beweist, daß in den Tiefen der Bevölkerung offensichtlich starke Veränderungen vor sich gehen, daß eine starke Politisierung der bisher unpolitischen Kreise eingetreten ist, daß es aber der Sozialdemokratie z. B. garnicht gelungen ist, diese neu politisierten Gruppen der Bevölkerung für sich zu gewinnen, sondern daß diese, was an sich ja psychologisch leicht verständlich ist, da es sich eben um politisch völlig ungeschulte Leute handelt, in vollem Umfange von den Nationalsozialisten und den Kommunisten eingefangen wurden.

Die übrigen Verschiebungen sind nicht überraschend, wenn sie auch erst den Umsturz der Mehrheitsverhältnisse in Hamburg besiegelt haben. Am charakteristischsten ist der große Verlust der Deutschen Volkspartei und der im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen zu beobachtende Gewinn der Deutschen nationalen und der Staatspartei. Die neue schwere Niederlage der Volkspartei ist, wie wohl überhaupt das gesamte Ergebnis der Hamburger Wahl, in erster Linie auf die Vorgänge in der Reichspolitik zurückzuführen und hier im speziellen auf die schwankende und zweideutige Haltung der Volkspartei. Seit einem Jahr weiß die Volkspartei nicht, wohin sie will. Der

Laval und Briand in Berlin

Stürmische Begrüßung der französischen Staatsmänner in Berlin. Bildung einer deutsch-französischen Kommission

Berlin, 28. September. (Eigener Funkbericht.)

Der französische Ministerpräsident und Außenminister Briand, die am Sonntag vormittag in Berlin eintrafen und hier sowohl am Bahnhof wie vor dem Hotel von einer vieltausendköpfigen Menge enthusiastisch begrüßt wurden, konferenzten im Laufe des Tages vor und nach den offiziellen Konferenzen zahlreiche Empfänge. Zunächst strich Briand dem Grabe des verstorbenen Reichsaussenministers Dr. Stresemann einen Besuch ab. Unterdessen äußerte sich Laval vor der internationalen Presse dahin, daß der Berliner Besuch ein wichtiges Datum in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen darstelle. Zweck des Besuchs sei es, die gegenseitigen Beziehungen eine bessere Zukunft vorzubereiten.

Am Nachmittag begannen in dem Kongressaal des Reichstagsgebäudes die eigentlichen Verhandlungen. Sie sind durch lange diplomatische Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen vorbereitet worden, so daß die Basis und die Hauptlinien der Ausarbeitung bereits vor dem Besuch feststanden. Anhand der gegebenen Umstände und insbesondere in Anbetracht der englischen Krise werden besonders zu den wirtschaftlichen Fragen ergiebige Beschlüsse kaum gefaßt werden können. Aber man darf damit rechnen, daß die deutsch-französische Kommission, deren Bildung endgültig feststeht und die unter der direkten Verantwortung der beiden Regierungen arbeiten soll, den Auftrag erhalten wird, sofort und ohne Verzögerung bestimmte Lösungen zu suchen. Die deutschen und französischen Zusammenarbeiten aus den beiden Ländern in die Wirklichkeit überführen. Im Vordergrund stehen während der offiziellen Besprechungen Fragen des Verkehrs, des Handels, der gegenseitigen finanziellen und wirtschaftlichen Beteiligung an Wirtschaftsunternehmungen und vor

allem auch das Reparationsproblem erörtert. Auch die Frage deutscher Sachlieferungen steht zur Erörterung.

Das Wirtschaftskomitee, das die einzelnen Fragen einer Klärung entgegenführen soll, wird schon in der allernächsten Zeit zusammentreten. Es soll abwechselnd in Paris und Berlin tagen. Außer Vertretern der Industrie werden ihm Delegierte der Gewerkschaften angehören.

Die Trinksprüche

Am Sonntag abend empfing der Reichskanzler die französischen Gäste zu einem Essen. In Anbetracht der gegenseitigen privatwirtschaftlichen Interessen, die bei den Berliner Besprechungen mit zur Erörterung stehen, waren zu der Veranstaltung auch Persönlichkeiten der Privatwirtschaft und des öffentlichen Lebens eingeladen. Während des Essens wurden zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten Trinksprüche gewechselt. Der Reichskanzler führte u. a. aus:

„Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten einzelner Länder haben sich zu einer Weltkrise verdichtet, deren Ausmaß wohl niemand voll vorausahnte und zu deren Überwindung außerordentliche Anstrengungen geboten erscheinen. Ueberall quälender Not und Sorge, Unsicherheit und Verzweiflung die Völker, die erwartungsvoll auf ihre Regierungen schauen und von ihnen Befreiung aus der Krise erhoffen. In dieser sorgenvollen Zeit ist die Erkenntnis Allgemeingut geworden, daß Europa nur durch zielbewußte und verständnisvolle Zusammenarbeit aller Nationen, nur durch schnelle und gegenseitige Hilfe vor dem schlimmsten Elend und dauernden Zusammenbruch gerettet werden kann. Eine wirklich ausgeglichene und fruchtbare Arbeit unter den Völkern Europas erscheint aber erst an dem Tage gesichert, wo bei den beiden großen Nachbarvölkern (Schluß nächste Seite)

Das Hochwasser steigt

Ratibor teilweise überschwemmt - Deichbruch bei Oppeln - Uberschwemmungen im mittelschlesischen Bergland - Todesopfer der Fluten (Näheres im Provinz-Teil)

Wieder einmal etwas von dem begabten Komponisten im Rundfunk!

Das „kleine Konzert“ von Elise Berro-Soddy (Violine), Kurt Becker (Bariton) und Erwin Poplawski (Klavier) interessierte nicht nur durch die Zusammenstellung des Programms...

Glücklicherweise fand eine neue Klavier-Violin-Sonate des Schreier-Schülers Hans Klaus Vanger, dessen Opus 1 ja in einem Breslauer Konzertsaal uraufgeführt wurde...

Vom Berliner Sender aus hörten wir das musikalische Funzspiel „Möbius her aus der Welt!“, dessen zum Teil erschreckend banale Texte Robert Seis geschrieben hat...

Zum zweiten Male wurde eine Oper aus dem Genfer Theater übertragen: Mozarts „Don Giovanni“, und zwar in der italienischen Fassung...

Von großem Interesse war die aus München erfolgte Übertragung eines Abends mit jugoslawischer Musik; man lernte damit wieder ein Stück Balkanmusik kennen...

Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands, Ortsgruppe Breslau

Die nächste Monatsversammlung findet am Donnerstag, den 1. Oktober, um 19.30 Uhr im Heim, Paradiesstraße 17 statt.

Zum Reichsarbeiter-Funktag am 11. Oktober rüftet die gesamte Ortsgruppe. Das Fest der proletarischen Rundfunkhörer...

Basketabende

- Gruppe Zentrum. Jeden Donnerstag, 19.30 Uhr, im Heim, Paradiesstraße 17.
Gruppe West. Jeden zweiten und vierten Freitag im Monat in Schädel's Gaststätte, Promenadenstraße 46.
Gruppe Zimpel. Freitag, 20 Uhr, im Erholungsheim der D.O.A., bei Witte, Zimpeler Weg.
Gruppe Breslau-Deutscher-Villa. Jeden Dienstag, 20 Uhr, „Breslauer Hof“, Neumärker Straße.
Soziale Radiobühne. Jeden Dienstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr im Heim, Paradiesstraße 17.

Arbeiter-Sport

Auscheidungsspiele um die Gruppenmeisterschaft am 27. September

- 15.00: Slav-Weiß I - B. F. B. I; Grabischen; 191.
15.30: Falke I - F. S. B. I; Schlachthof; 227.
13.30: Einigkeit I - 1924 I; Schlachthof; 98.
Gesellschaftsspiele für den 27. September
16.00: B. F. B. I - Marsdorf I; Niemannshöhe; 57.
15.30: Kanth I - Adler I; Kanth; 58.
15.30: Südost I - Hundsfeld I; Klettendorf; 141.
15.30: J. d. A. I - Tasmania I; Stadion; 228.
14.00: Kanth II - Adler II; Kanth; 58.
15.00: Sturm II - 1921 II; Maria-Höfchen; Union.
14.00: J. d. A. II - Tasmania II; Stadion; Vorwärts.
12.00: Südost II - Hundsfeld II; Klettendorf; Herta.
14.30: B. F. B. II - Marsdorf II; Niemannshöhe; Sturm.
9.30: Oswin A. S. - Eintracht III; Brückenau; 152.
10.00: Hundsfeld III - Kabis III; Hundsfeld; Sparta.

Jugend und Schüler

- 10.00: Einheit I - Eintracht I; Brückenau; Vorwärts.
14.00: Sturm I - 1921 I; Maria-Höfchen; Union.
13.00: Sturm II - Sparta II; Maria-Höfchen; Union.
9.00: Sturm I. Sch. - 1921 I. Sch.; Maria-Höfchen; Verein.
Schiedsrichter-Vereinigung. Zur Platzweiche in Hermannsdorf spielen am 27. September folgende Spiele aus: B. F. B. I - 1924 I, Einigkeit I - Falke I, Hundsfeld I, II und III - Trebnitz I, II und III, B. F. B. I und II - Marsdorf I und II, Südost I und II gegen Einigkeit I und II, Sparta I. 3ad. - B. F. B. I. 3ad., Sturm III - F. S. B. III, Ohlau II und I. 3ad. - 1921 II und I. 3ad. - Linienrichter zu dem Ausscheidungsspiel B. F. B. - Slav-Weiß auf dem Sternplatz in Grabischen stellen folgende Vereine: West, Stern, Herta und 1921. Treffpunkt 14.30 Uhr.
Reise bei Genossen Weiß (Stern). Vereinsreisen mitbringen. Die bereits genannten Linienrichter zu den Ausscheidungsspielen auf dem Sternplatz müssen bereits um 13.00 Uhr bei Großer sein. Die noch ausstehenden Meldelisten zum Schrittmarsch sind sofort einzuweisen, da Kurstart am 7. Oktober, Montag, den 28. September, 20.30 Uhr: Schiri-Vollversammlung im Pfaffenbräu.
Bezirksleiter. Kaffeezer zu den Ausscheidungsspielen auf dem Sternplatz: Scholz und Schönfelder (Sparta). Ordner: zwei Mann Sparta, zwei Mann West. Treffpunkt um 13 Uhr bei Großer. Kaffeezer auf dem Sternplatz: Treña und Walde. Ordner: drei Mann Stern, drei Mann Herta. Treffpunkt 14.30 Uhr auf dem Sternplatz.
Bezirksverband. Die Schutzpatronabteilung des Reichsbanners. Ortsgruppe Koblenz ist dem Arbeiter-Turn- und Sportbund beigetreten. Spiele können abgebrochen werden. Anmelden an Genossen Josef Kunz, Koblenz, Kr. Breslau, Kleine Seite.
A. L. u. S. R. Hundsfeld. Freitag, 2. Oktober: Monatsversammlung bei Franz, Ring 4.

Fußball-Vorschau für den 27. September

Slav-Weiß - B. F. B. um 15.00 Uhr auf dem Sternplatz in Grabischen. Ausscheidungsspiel! Beide Mannschaften stehen punktgleich an der Spitze...
Falke - F. S. B. um 15.30 Uhr auf dem Sternplatz. Bei der schwachen Spielweise, die F. S. B. augenblicklich zeigt, ist mit einem nur knappen Ergebnis zu rechnen.
Einigkeit - 1924 um 13.30 Uhr am Schlachthof. In diesem Spiel muß Einigkeit gewinnen, um in die Ausscheidungsspiele einzugreifen.
Obernig - Woblan um 15.30 Uhr in Obernig. Man erwartet Obernig als Sieger.
Sturm - Trebnitz um 10.00 Uhr in Maria-Höfchen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Trebnitz für eine Ueberräuschung sorgt.
Marsdorf um 16.00 Uhr an der Niemannshöhe. Als Sieger erwartet man B. F. B.
Kanth - Adler um 15.30 Uhr in Kanth. Der Gruppenmeister Adler sollte vor einem neuen Siege stehen.
Südost - Hundsfeld um 15.30 Uhr in Klettendorf. Mit Südost ist der Sieger genannt.
J. d. A. - Tasmania um 15.30 Uhr im Stadion. Ob J. d. A. zum Siege kommt, erscheint fraglich.
Jordanmühl um 15.30 Uhr in Hermannsdorf. B. F. B. sollte nach Kampf gegen Hermannsdorf, B. F. B. sollte nach Kampf gegen Hermannsdorf, B. F. B. sollte nach Kampf gegen Hermannsdorf...

Herde und Öfen Eisenhandlung Brandt. Friedrich-Wilhelm-Straße 89 (zwischen Striegauer Platz und Leuhenstraße)

Handball-Vorschau für den 27. September

Die Männer-A-Klasse meldet: 1. Abt. - Stadelwitz im Eichenpark. Die 1. Abt. wird sehr auf der Hut sein müssen, um nicht eine Ueberräuschung zu erleben.
2. Abt. - Ohlau in Ohlau. Gegen den Bezirksmeister, 2. Abt. hat Ohlau wenig Aussichten auf Sieg.
3. Abt. - im Stadion. Treten die Freien Schwimmer in voller Belegung an, so ist ein Sieg ihrerseits kaum zu zweifeln.
4. Abt. - gegen Sil. Kid. in Stadion. Gegen die Vereinigten hat J. d. A. wenig Aussichten auf Sieg.
5. Abt. - V. S. B. - Platz. Einen Sieger im voraus zu nennen, ist in diesem Spiel kaum möglich.
6. Abt. - 1925 in Gaudau. Der augenblicklichen Spielweise nach, müßte die 9. Abt. den Sieg stellen.
7. Abt. - Brückenau. In diesem Spiel würde durch die Gleichwertigkeit beider Mannschaften ein Unentschieden nicht übersehen werden.

B-Klasse: 8. Abt. - Bries im Ohlort. Hier wird der Sieger 6. Abt. heißen.
9. Abt. - Deutsch-Villa, Vohweide. Hier erwartet man Deutsch-Villa in Front.
10. Abt. - Bratislawia, Eichenpark. Bratislawia wird heftig um ihren Siegeszug auch gegen 1. Abt. fortzuziehen.
11. Abt. - im Stadion. Den freien Schwimmern wird der Sieg kaum zu nehmen sein.
12. Abt. - Sil. Kid. Vohweide. Die eigenen Platzkenntnisse der 4. Abt. sollten ihnen zum Siege verhelfen.
13. Abt. - 8. Abt., Brückenau. Die besseren Stürmerleistungen der 5. Abt. werden ausschlaggebend sein.
14. Abt. - 1925, Gaudau. Gegen 1925 wird 9. Abt. schwer heischen können.
15. Abt. - V. S. B. - Platz. Ein knapper Sieg der Hochberner wird erwartet.
16. Abt. - 3. Abt. I - B. F. B., Brückenau. Gegen 3. Abt. hat B. F. B. wenig Aussichten auf Sieg.
17. Abt. - F. S. B., Brückenau. Zwei gleichwertige Mannschaften, wo ein Sieger im voraus schwer zu treffen ist.
18. Abt. - Herta-Bries, Ohlort. Nach den letzten Sonntagen zu urteilen, müßte die 9. Abt. auch gegen Herta-Bries einen Sieg davontragen.
19. Abt. - Sil. Kid, Eichenpark. Wenn 4. Abt. nicht wieder das Kombinierte vertritt, so ist der Sieg ihrer.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

2. Frauen-Abteilung. Unsere Tour nach Zobten findet diesen Sonntag nicht statt.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Abteilung Nord. Seit 19 Uhr, vor der Versammlung, Technikerübung im Pölsendorferbad.

Freie Kanovereinigung Breslau. Des schlechten Wetters wegen fällt das Abwachen am Sonntag aus.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Verein

Ausfahrten für den 27. September. Abteilung Ohlauer Tor: ohne Ziel, Start 13 Uhr am Vereinslokal.
Abteilung Grabischen: ohne Ziel, Start 13 Uhr Friedriehstraße.
Abteilung Nifolator: nach Leubus, Start 5 Uhr, Striegauer Platz.
Abteilung Stadtmittelpunkt: nach Jagod, Start 8 Uhr, Sadomaitraße, Braulebad.
Abteilung Dörsdorf: ohne Ziel, Start nicht 7 Uhr, sondern 13 Uhr, Weisenburger Platz.
Abteilung Scheinig: ohne Ziel, Start 13 Uhr an der Kirchenstraße.
Abteilung Dörsdorf: nach Jagod, Start 14 Uhr am Vereinslokal.

Jugendabteilung. Bezirks-Kinder- und Jugendspieltag in Wildschütz, Start 8 Uhr am Gewerkschaftsbaue; die Eltern der Kinder bringen dieselben an den Startplatz.

Motorradfahrer-Abteilung. nach Jagod, Start 13 Uhr am Vereinslokal; Strecke wird am Start bekanntgegeben.
28. September: Führung der Abteilungs-Vorstellung im Vereinslokal.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Sacras. 26. September: Radtour nach Leubus, Abfahrt 19.30 Uhr, Vereinslokal.
27. September: Schüler- und Jugendausfahrt nach Wildschütz, Abfahrt 9 Uhr, Vereinslokal.

Freie Menschen. Jugendausgabe. Montag, 20 Uhr, Gewerkschaft, Gartenstraße. Jugend und Jugendbewegung.

Brillen-Spezialist Optiker Adam Friedrich-Wilhelm-Straße 25. Lieferant sämtlicher Krankenkassen auch der Allgemeinen Ortskrankenkasse

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer. Besonderes Interesse wird heute der Arbeiterhörer in die Zeit entgegenbringen. Es spricht Landsberg. Am morgigen Sonntag liest um 7.25 Uhr Rahmen der Folge: „Der Dichter als Stimme der Zeit“ Toller aus eigenen Werken.

Angestelltenkündigungen bei Drenstein & Koppel

Der bekannte Waggonkonzern Drenstein & Koppel hat in größerem Ausmaß Angestellten gekündigt, jahrelang bei diesem Unternehmen tätig sind.

Man kann der Firma Drenstein & Koppel nicht den Vorwurf machen, daß sie jemals in der Behandlung ihrer Angestellten und Arbeiter eine übertriebene Sentimentalität an den Tag gelegt hätte. Das Verhalten der Geschäftsleitung gegenüber den Angestellten gegenüber ist auch früher überwiegend von Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmt worden.

In den letzten Monaten sind Duzende von verdienten Ingenieuren und Kaufleuten abgebaut bzw. gekündigt worden, von denen keiner unter 25 Jahre, die meisten aber über 30 Jahre im Dienste des Unternehmens beschäftigt waren.

Gewiß gehen auch die Geschäfte bei Drenstein & Koppel wie überall nicht gut. Das trifft aber bei allen vergleichbaren Unternehmungen der Berliner Metallindustrie zu.

Die Deutsche Wagenbau-Vereinigung, deren Präsident Alfred Drenstein ist, hat erst vor einiger Zeit an den Reichspräsidenten und an die in Frage kommenden Minister des Reiches und der Länder eine Denkschrift über die Notlage der Deutschen Wagenbau-Industrie gerichtet.

Amilicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieger

Nachdem das Zentrum der Störung 48 Z. die uns in den letzten Tagen ergiebige Niederschläge gebracht hat, nach Inner-Rußland abgezogen ist, in Schließen die Staumirung allmählich nach. Die Temperaturen, welche übergehend durch das Eindringen maritim-subpolarer Luft etwas angehoben sind, werden jedoch bald erneut zurückgehen, da über Skandinavien und Ostsee ein erneuter Vorstoß arktischer Kaltluft erfolgt.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge: Nordwind, wolkig, nur vorübergehend aufheiterndes Wetter, noch immer Schauer, erneuter Temperaturrückgang, nachts Bedenrohheitsgefahr.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge: Stürmischer Nord, noch meist neblig-bewölktetes Wetter, Schneefall, Temperaturrückgang.

Sonnenaufgang: 5.51 Uhr; Sonnenuntergang: 17.52 Uhr.

Wasserstand

Table with 4 columns: Station, Date, Water Level, and Remarks. Includes stations like Kattb., Neisse (Stad.), Neisse (Mündung), Bries (Mühlentram), and Trebnitz.

2 neue MAGGI-Suppen: MAGGI's Rheinische Suppe (Grüne Erbsen) mit Karotten, MAGGI's Legierte Suppe m. Gemüse. 1 Würfel nur 10 Pfg. die auch Ihnen gut schmecken werden

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5; Matthisstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis nachmittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Verzweiflungswahlen in Hamburg

Erste Niederlage der Sozialdemokratie — Sieg der Nazis und Nazis der Senat verliert die Mehrheit — anderweitige Regierungsbildung unmöglich

Hamburg, 28. September (Eigener Funkbericht.)

Die Hamburger Wahl hat die Erwartungen des demokratischen und freiheitlichen Deutschland nicht erfüllt. Die Verzweiflungsklimmung, die die Volksmassen angesichts der drohenden Winternot packt, hat die Stimme der Vernunft erdrückt. Das Bild des 27. September 1931 ist über kein besseres, als das des 14. September 1930. Auch die Hamburger Bürgerchaftswahl ist eine Katastrophewahl und ihre wirtschaftlichen und politischen Folgen für Hamburg sind dabei — ökgleich sie nicht unterschätzt werden dürfen — nicht einmal das schlimmste. Ernster und gefährlicher werden die politischen und psychologischen Auswirkungen auf das Reich sein.

Die Nazis haben ihre Stimmenzahl vom September 1930 auf 58 000, das sind rund 40 Prozent freier Bürgertum, das sich noch vor wenigen Jahren in seiner Mehrheit um die Mittelparteien scharte, ist abgewandert zu den Nazis. Nur die Staatspartei hat relativ günstig abgeschnitten. Die Kommunisten haben 33 000 Stimmen oder 24 Prozent gewonnen. Die Sozialdemokratische Partei hat gegenüber September 1930 rund 26 000 Stimmen verloren. Gegenüber der letzten Bürgerchaftswahl im Februar 1928 beträgt der Verlust etwa 40 000 Stimmen. Mit einem Verlust von 14 Mandaten kehrt sie in die neue Bürgerchaftswahl. Das ist ein empfindlicher Verlust, aber die Sozialdemokratie hat das Recht und die Pflicht, auf die fortschrittliche Zerstörung des wirtschaftlichen und damit politischen Gefüges zu verzichten. Die Wirtschaftskrise und ihre Zuspitzung durch die Katastrophopolitik von rechts und links, die die wirtschaftlich unzulängliche Politik der Reichsregierung, die die Weltkassenstadt besonders hart getroffen hat, haben auch die Hamburger Bevölkerung in tiefsten Misere gestürzt. Das Arbeitslosenheer ist gewachsen, kleine und mittlere Existenzen sind vernichtet, der Glend und Verzweiflung haben tauende Menschen ergriffen. Es ist kennzeichnend, daß in der Propaganda sowohl der Nationalsozialisten als auch der Kommunisten, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richten, nicht so sehr die hamburgischen als vielmehr allgemeine gesellschaftliche Verhältnisse im Vordergrund standen. Daß sich rund 215 000 Männer und Frauen in Hamburg zur Sozialdemokratie bekennen, ist nicht nur ein Erfolg des Apparates, sondern eine Manifestation tief begründeter leidenschaftlicher sozialdemokratischer Gesinnung, ist ein Erfolg einer jahrzehntelangen Arbeit. Die Sozialdemokratie hat sich in Hamburg der Wahl erwiesen, der allein gegenüber den andrängenden Kräften eines verbrecherischen Radikalismus standhält.

Die Regierungsverhältnisse sind durch den Ausgang der Hamburger Wahl höchst ungeklärt. Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutsche nationale haben die Mehrheit der Sitze inne, so daß der gegenwärtige Senat, der aus Sozialdemokraten, Staatspartei, Volkspartei und dem Zentrum besteht, keine Mehrheit mehr in der Bürgerchaft hat. Er kann also jederzeit gestürzt werden. Aber, da die Opposition nicht in der Lage ist, sich zu einer Regierungsbildung zusammenzufinden, und da andererseits auch die bürgerlichen Parteien keine Mehrheit haben, ist ein ungeklärter Zustand eingetreten. Wahrscheinlich kommt auch in Hamburg, was schon in Sachsen und Bayern seit Monaten besteht: eine an sich gehürzte Regierung amtiert als geschäftsführende Regierung weiter.

Das Endergebnis der Wahlen zur Hamburgischen Bürgerchaft

Hamburg, 28. September.

12.10 Uhr früh lag das Endergebnis der Bürgerchaftswahlen vor. Es erhielten: Sozialdemokraten 214 569 (gegen 240 984 bei den letzten Reichstagswahlen und 246 585 bei den Bürgerchaftswahlen von 1928), Kommunisten 168 618 (135 279 bzw. 114 257), Deutsche nationale 43 263 (31 375 bzw. 24 048), Staatspartei 67 083 (64 129 bzw. 57 553), DVP 36 920 (69 145 bzw. 55 507), Wirtschaftspartei 11 373 (16 916 bzw. 20 136), Nat.-Soj 202 465 (144 684 bzw. 14 760), Zentrum 10 794 (10 980 bzw. 9402), Volksrechtspartei 1156 (1937 bzw. 5609), Liste Hebdorn 1937 (1037 bzw. nichts), Christlich-sozialer Volksdienst 8470 (11 968 bzw. nichts).

Die Mandatsverteilung in der neuen Hamburger Bürgerchaft

Hamburg, 28. September.

Nach dem heutigen Wahlergebnis verteilen sich die Mandate in der neuen Hamburger Bürgerchaft wie folgt: SPD 46 (nach den letzten Bürgerchaftswahlen 60), KPD 35 (27), DVP 9 (22), Staatspartei 14 (21), DVP 7 (20), Wirtschaftspartei 2 (4), NSDAP 43 (3), Zentrum 2 (2), Christl.-soz. Volksdienst 2 (0).

Laval und Briand in Berlin

Stürmische Begrüßung der französischen Staatsmänner in Berlin Bildung einer deutsch-französischen Kommission

Berlin, 28. September. (Eigener Funkbericht.)

Der französische Ministerpräsident und Außenminister Briand, die am Sonntag vormittag in Berlin eintrafen und hier sowohl am Bahnhof wie vor dem Hotel von einer tausendköpfigen Menge begeistert begrüßt wurden, veranlaßten im Laufe des Tages vor und nach den offiziellen Konferenzen zahlreiche Empfänge. Zunächst führte Briand dem Grabe des verstorbenen Reichsaußenministers Dr. Stresemann einen Besuch ab. Unterdessen äußerte sich Laval vor der internationalen Presse dahin, daß der Berliner Besuch ein wichtiges Datum in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen darstelle. Zweck des Besuchs sei für die gegenseitigen Beziehungen eine neue Zukunft vorzubereiten.

Am Nachmittag begannen in dem Kongressaal des Reichskanzlerhauses die eigentlichen Verhandlungen. Sie sind durch lange diplomatische Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen vorbereitet worden, so daß die Basis und die Hauptlinien der Auseinandersetzung bereits vor dem Besuch feststanden. Angesichts der gegebenen Umstände und insbesondere in Anbetracht der englischen Krise werden besonders zu den wirtschaftlichen Fragen endgültige Beschlüsse kaum gefaßt werden können. Aber man darf damit rechnen, daß die deutsch-französische Kommission, deren Bildung endgültig feststeht und die unter der direkten Verantwortung beider Regierungen arbeiten soll, den Auftrag erhalten wird, die deutsche und ohne Verhinderung bestimmter Lösungen zu suchen. Die deutsch-französischen Zusammenarbeiten aus verschiedenen Dingen in die Wirklichkeit überführen. Im Vordergrund stehen die offiziellen Besprechungen Fragen des Handels, der gegenseitigen finanziellen und wirtschaftlichen Beteiligung an Wirtschaftsunternehmen und vor

allem auch das Reparationsproblem erörtert. Auch die Frage deutscher Sachlieferungen steht zur Erörterung.

Das Wirtschaftskomitee, das die einzelnen Fragen einer Klärung entgegenführen soll, wird schon in der allerersten Zeit zusammengetreten. Es soll abwechselnd in Paris und Berlin tagen. Außer Vertretern der Industrie werden ihm Delegierte der Gewerkschaften angehören.

Die Trinksprüche

Am Sonntag abend empfing der Reichskanzler die französischen Gäste zu einem Essen. In Anbetracht der gegenseitigen privatwirtschaftlichen Interessen, die bei den Berliner Besprechungen mit zur Erörterung stehen, waren zu der Veranstaltung auch Persönlichkeiten der Privatwirtschaft und des öffentlichen Lebens eingeladen. Während des Essens wurden zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten Trinksprüche gewechselt. Der Reichskanzler führte u. a. aus:

Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten einzelner Länder haben sich zu einer Weltkrise verdichtet, deren Ausmaß wohl niemand voll voraussehen und zu deren Überwindung außerordentliche Anstrengungen geboten erscheinen. Ueberall quälen Not und Sorge, Unsicherheit und Verzweiflung die Völker, die erwartungsvoll auf ihre Regierungen schauen und von ihnen Befreiung aus der Krise erhoffen. In dieser sorgenvollen Zeit ist die Erkenntnis Allgemeingut geworden, daß Europa nur durch zielbewußte und verständnisvolle Zusammenarbeit aller Nationen, nur durch schnelle und gegenseitige Hilfe vor dem schmerzlichen Glend und dauernden Zusammenbruch gerettet werden kann. Eine wirklich ausgeglichene und fruchtbare Arbeit unter den Völkern Europas erscheint aber erst am dem Tage gesichert, wo bei den beiden großen Nachbarvölkern (Schluß nächste Seite)

Die Wahl in Hamburg

A.Kr. Es kann kein Zweifel sein, daß der Wahlausgang auch die, die sich darüber klar waren, daß die Wahlen in Hamburg einen Ruf nach ganz rechts und ganz links und einen Rückgang der Sozialdemokratie bringen würden, enttäuschen muß. Denn der Stimmenrückgang der Sozialdemokratie ist, für sich gesehen, zwar gar nicht einmal besonders groß, er beträgt gerade 10 Prozent, aber die Verringerung des politischen Gewichts der Partei ist doch außerordentlich stark und gefährlich. Auch der Stimmenrückgang selbst wiegt schwerer, als seiner bloßen Größe entspricht, da er ein weiterer Rückgang ist, noch über das Maß dessen hinaus, das schon bei der Reichstagswahl vor einem Jahr zu beklagen war. Er wiegt deshalb so stark, weil er zeigt, daß ein Jahr starker Anstrengungen und gesteigerter politischer Agitation nicht ausgereicht haben, um den Rückgang der Wählerstimmen unserer Partei zu stoppen. Daß trotz aller Gewaltpolitik, aller Rohheiten und allen Versagens der Nazis diese dadurch einen überraschend starken Stimmenzuwachs erhalten haben. Auch den Hinweis auf die Verzweiflungsklimmung der großen Volksmassen und die Not, die durch die Wirtschaftskrise erzeugt ist, ist nur ein geringer Trost. Denn auch die größte Not könnte diese politische Erschütterung nicht hervorrufen, wenn die Politik, die getrieben wird, so wäre, daß durch sie die Rückwirkungen der Wirtschaftskrise auf die Lage der großen Volksmassen wirksam gemildert werden. Deshalb ist der Wahlausgang eine ernste Warnung an die Reichsregierung, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik möglichst bald grundlegend zu ändern, wenn sie nicht Deutschland politisch in den Abgrund stürzen will. Es ist aber auch eine ernste Mahnung an die Sozialdemokratische Partei, die Politik, die sie im letzten Jahre getrieben hat, aufs neue gründlich nachzuprüfen und alle Kräfte anzuspannen, um weitere Verschlechterungen der Lage der Arbeiterklasse auf jeden Fall zu verhindern. Gewiß ist es an sich ein Trost, daß die Nationalsozialisten mit ihrer Agitation die Klassenbewußten Arbeiter nicht zu verlocken vermögen. Denn auch dieser Wahlausgang zeigt wieder, daß ihr Stimmenzuwachs aus dem Lager der Klassenbewußten Arbeiter gleich null ist, daß sie vielmehr allein das Bürgertum zu zerschlagen vermögen. Was die Sozialdemokratie verloren hat, haben vielmehr die Kommunisten vollständig aufgehoben. Aber die kommunistische Partei hat sich ja in dem letzten Jahre noch weiter so politisch verrannt, daß es in bezug auf die politische Arbeit der Zukunft kaum einen Unterschied macht, ob die von der Sozialdemokratie abgewanderten Stimmen zu den Nationalsozialisten oder zu den Kommunisten gegangen sind. Auch deshalb wiegt der Stimmenverlust der Sozialdemokratie besonders schwer, weil auch diese Wahl wieder einen Zuwachs der Wahlbeteiligung gebracht hat und weil, wenn man die gesamten abgegebenen Stimmen ins Auge faßt, der Rückgang des prozentualen Anteils der Sozialdemokratie an ihnen weit stärker ist, als der direkte Stimmenverlust anzeigt. Daher erklärt sich ja auch der große Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten und zum Teil auch der Kommunisten. Beide Parteien haben zusammen allein weit mehr gewonnen, als die übrigen Parteien insgesamt verloren haben. Dieser Umstand beweist, daß in den Tiefen der Bevölkerung offensichtlich starke Veränderungen vor sich gehen, daß eine starke Politisierung der bisher unpolitischen Kreise eingetreten ist, daß es aber der Sozialdemokratie z. B. garnicht gelungen ist, diese neu politisierten Gruppen der Bevölkerung für sich zu gewinnen, sondern daß diese, was an sich ja psychologisch leicht verständlich ist, da es sich eben um politisch völlig ungeübte Leute handelt, in vollem Umfange von den Nationalsozialisten und den Kommunisten eingefangen wurden.

Die übrigen Verzweigungen sind nicht überraschend, wenn sie auch erst den Umsturz der Mehrheitsverhältnisse in Hamburg besiegelt haben. Am charakteristischsten ist der große Verlust der Deutschen Volkspartei und der im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen zu beobachtende Gewinn der Deutschen nationalen und der Staatspartei. Diese neue schwere Niederlage der Volkspartei ist, wie wohl überhaupt das gesamte Ergebnis der Hamburger Wahl, in erster Linie auf die Vorgänge in der Reichspolitik zurückzuführen und hier im speziellen auf die schwankende und zweideutige Haltung der Volkspartei. Seit einem Jahr weiß die Volkspartei nicht, wohin sie will. Der

Das Hochwasser steigt

Katibor teilweise überschwemmt — Deichbruch bei Oppeln — Ueberschwemmungen im mittelschlesischen Bergland — Todesopfer der Fluten

(Näheres im Provinz-Teil)

eine Teil von ihr will nach rechts und läge am liebsten den Nazis in den Armen, der andere Teil, der sich der Bedeutung der Wirtschaftskrisen bewußt ist, will die Regierung Brüning weiter unterstützen. Offensichtlich haben die Leute auf beiden Seiten, die entschieden denken, jetzt daraus die Konsequenzen gezogen. Die Leute, die der Volkspartei nicht vergessen können, daß es ihr Außenminister war, der sich die Niederlage in der Frage der Zollunion geholt hat und die antifranzösisch eingestellt sind, sind offensichtlich zu den Nationalsozialisten, ja zum Teil sogar wohl auch zu den Nationalsozialisten gegangen. Die wirtschaftlich Denkenden dagegen scheinen zur Staatspartei gegangen zu sein, weil ihnen das ewige Lieblingen des Herrn Dingeldey der Volkspartei mit den Nationalsozialisten und die dauernden Schwierigkeiten, die die Volkspartei der Regierung Brüning von rechts her macht, nicht gefallen.

Daß nicht nur das Regierungsproblem in Hamburg selbst auf Grund des Wahlausganges fast unlösbar geworden ist, sondern daß auch von dem Wahlausgang starke und gefährliche Rückwirkungen auf die große Politik ausgehen können, ist schon in dem Hamburger Bericht betont worden. Die volle Bedeutung des Wahlausganges aber kann man erst ermessen, wenn man ihn mit einer Reihe von anderen Nachrichten zusammenfaßt, die wir heute bringen. Da ist einmal der Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin. Hoffentlich lassen sich die französischen Staatsmänner durch den neuen Sieg der Nazis in ihrer Politik zunächst der wirtschaftlichen Verständigung mit Deutschland nicht beirren. Es wäre wahrlich geradezu eine Tragödie, wenn ausgerechnet an dem Tage, an dem in Bezug auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich endlich wieder einmal ein Fortschritt gemacht worden zu sein scheint, von Deutschland selbst diese Entwicklung sabotiert worden wäre. Die sind ferner die an anderer Stelle gebrachten Meldungen über die „Erwägungen“ der Reichsregierung über den Vorschlag des neuen Präsidenten des Reichverbandes der Industrie, des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach. Erfreulicherweise läßt die Berliner Meinung keinen Zweifel zu darüber, daß die Sozialdemokratische Partei und Reichstagsfraktion eine Durchlöcherung des deutschen Tarifrechts, wie sie von Herrn Krupp vorgeschlagen wird, auf keinen Fall hinnehmen wird. Wir können dem nur in vollem Umfange zustimmen. Denn der Ausgang der Hamburger Wahl muß als ein weithin leuchtendes Warnungszeichen betrachtet werden, in der Politik der Zersplitterung und der Hinneigung von Opfern nicht zu weit zu gehen. Uns scheint, daß wir an der Grenze des Möglichen angekommen sind. Uns scheint aber auch, daß die politische Entwicklung der letzten Monate es durchaus möglich gemacht hat, der Regierung Brüning für die Duldung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik weit schärfere Bedingungen zu stellen und die Regierung sich selbst zu überlassen began, sie fallen zu lassen, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden. Da ist endlich die Nachricht, daß zwei weitere europäische Staaten den Goldstandard suspendiert haben und daß sich einige südamerikanische Staaten dem angeschlossen haben. Und zwar gehören zu den europäischen Staaten zwei Länder, die mit zu den größten Kriegsgewinnern gehören, wie z. B. Schweden, das — man braucht ja nur an den Zündholz-Plüß des Herrn Kreuzer zu denken — in der Weltwirtschaft sich in den letzten Jahren stark in die Höhe gearbeitet hat. Man darf die Bedeutung dieser Maßnahmen allerdings nicht überschätzen. Sie ist mehr oder weniger eine selbstverständliche Folge der starken Entwertung des Pfund Sterling, die in den letzten Tagen eingetreten ist, denn die Währungen dieser Länder sind auf das Pfund Sterling gegründet. Die Goldvorräte der Länder sind dagegen gänzlich unzureichend und ihre Währung ist deshalb automatisch in Gefahr, sobald das Pfund entwertet wird. Über die Tatsache, daß das Pfund so stark entwertet ist, nämlich fast um 25 Prozent, zeigt doch, daß von der Krise in England außerordentlich starke wirtschaftliche Erschütterungen ausgehen, und daß wir deshalb wieder neue große Schwierigkeiten in der europäischen Wirtschaft und in der Weltwirtschaft zu bekämpfen haben werden. Wenn in einer solchen Zeit die Katastrophopolitik wieder erneut an Macht und Einfluß gewinnt, so muß das um so verhängnisvoller sein. Der Wahlsieg in Hamburg ist deshalb sicherlich ein schwarzer Tag gewesen, der uns zu erneuter Selbstprüfung und zu neuer Anspannung aller unserer Kräfte aufrufen muß.

Laval und Briand in Berlin

Deutschland und Frankreich das Vergangene seelisch überwunden ist und der Friede sich gemeinsam der Zukunft zuwendet.“
Ministerpräsident Laval antwortete, indem er zunächst für den freundlichen Empfang zugleich im Namen Briands dankte. Er fuhr dann fort:
„Sie können davon überzeugt sein, daß wir uns der Bedeutung unserer Anwesenheit in Berlin voll bewußt sind. Nichts kann dies besser charakterisieren, als die Tatsache, daß wir heute abend in demselben Saale versammelt sind, in dem vor mehr als einem halben Jahrhundert der Berliner Kongreß getagt hat. Wir sind nach Berlin gekommen mit den gleichen Bestrebungen, von denen der Herr Reichkanzler gesprochen hat. Wir haben nicht nur einen Akt der Höflichkeit vollziehen wollen. Die wirtschaftliche Lage der Welt erfordert von allen Staatsmännern eine Anstrengung des guten Willens und der gegenseitigen Zusammenarbeit. Das Beispiel, das Deutschland und Frankreich in dieser Hinsicht geben können, ist sicher dazu angetan, den günstigsten Einfluß auszuüben. In den wirtschaftlichen Fragen und in dem Rahmen, der erst kürzlich in Genf aufgestellt worden ist, wollen wir versuchen, zwischen den beiden Völkern eine engere Zusammenarbeit und vertrauensvolle Beziehungen herzustellen.“
Wir hoffen, daß aus unseren Besprechungen mit den deutschen Ministern, deren Beistand wir bereits Gelegenheit hatten, zu würdigen, nicht nur ein klüßlicher Organismus, sondern auch eine Methode hervorgehe, aus denen sich sehr bald vollständige praktische Resultate ergeben werden.“
Als Laval und Briand nach dem Essen in der Reichstanglei in ihr Hotel zurückkehrten, wurden ihnen vor und in dem Hause wiederum Ovationen dargebracht.

Die Pariser Presse ist befriedigt

Paris, 28. September. (Eigener Funkbericht.)
Die Pariser Presse stellt einstimmig fest, daß die französischen Minister in Berlin mit einer über alle Erwartungen großen Herzlichkeit empfangen worden sind. Sie begrüßt diese Tatsache mit tiefer Befriedigung.
Der Sonderkorrespondent des „Matin“ berichtet: „Der 27. September wird für Deutschland ein historisches Datum bedeuten. Für diesen Tag hat Berlin den Frieden zu organisieren verstanden.“ Im „Petit Journal“ heißt es: „Dieser erste Herbst-Sonntag war für die deutsch-französischen Beziehungen ein guter Tag. Vor einigen Monaten ein Besuch der französischen Minister in Berlin ein gefährliches und allem Anschein nach ein unfruchtbares Unternehmen. Das Experiment ist jetzt gemacht worden, und man kann sagen, daß es geglückt ist. Laval und Briand haben in Berlin eine äußerst sympathische Aufnahme gefunden. Sie haben andererseits mit den deutschen Ministern Fühlung genommen, und schon am Sonntag bestand kein Zweifel daran, daß die Führer der beiden Regierungen zu einem Abkommen gelangen werden.“
Der in Berlin weilende Chefredakteur des „Petit Parisien“ telegraphiert: „Keiner der Zwischenfälle, die man mit Recht befürchten konnte, hat sich ereignet. Briand, durch sein internationales Prestige, und Laval, durch sein Amt und das Vertrauen, das sein berechtigtes Ansehen einflößt, sind Gegenstand einer Sympathie geworden, die nicht geheuchelt war.“
Nur einige nationalitäre Zeitungen, wie das „Echo de Paris“, das seinen außenpolitischen Mitarbeiter, Pertinax, nach Berlin geschickt hat, der „Figaro“ usw. behaupten, daß die Sympathiefundgebungen der Berliner Bevölkerung in Szene gesetzt waren und daß sie nur von Mitgliedern des Reichsbanners und der Liga für Menschenrechte ausgingen.
Zu der Hinzuziehung der Gewerkschaften zu der deutsch-französischen Kommission, meldet der „Matin“, diese Tatsache mache der Legende ein Ende, nach der die deutsch-französische Annäherung gegen die Arbeiterelemente durchgeführt werden sollte. Dieser Punkt müsse man unterstreichen, denn die Regierungsbesprechungen, an denen in der Kulisie die Industrie teilgenommen habe, habe unberechtigtweise eine gewisse Erregung hervorgerufen und zu der Annahme geführt, daß es sich nicht um eine Verständigung zwischen den Regierungen, sondern um ein Abkommen zwischen den Industrien der beiden Länder handele. Der Korrespondent des „Journal“ erklärt, daß nach der französischen Auffassung die deutsch-französische Wirtschaftsregelung erst ein Anwendungssystem sein solle, das man auf andere Mächte ausdehnen wolle. Sie solle der Anfang eines Systems der geleiteten Wirtschaft sein.

Die Abreise von Paris

Paris, 26. September. (Eigener Drahtbericht.)
Laval und Briand sind Sonnabend nachmittag um 4.25 Uhr mit dem Nordexpress nach Berlin gereist. Der Ministerpräsident ist von seinem zweiten Kabinetschef Monier, der Außenminister von seinem Kabinetschef Leger, dem Generalsekretär des Quai d'Orsay Berthelot und dem Dolmetscher Professor Hesnard begleitet.
Vor dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die Laval und Briand bei ihrer Abreise mit zahlreichen Hochrufen begrüßte. Auf dem Bahnsteig weilten fast alle Kabinetsmitglieder, viele Parlamentarier und der deutsche Geschäftsträger Jorjex. Als Laval und Briand den Schlafwagen bestiegen hatten, wurde ihnen im Namen der Sozialistischen Partei des Pariser Vororts Aubervilliers

durch das Absteigenfenster zwei riesige Blumensträuße überreicht. Laval ist der Bürgermeister dieses Vororts. Der Sozialist der Briand die Minister als Friedensapostel bezeichnete und die Hoffnung sprach, daß die Berliner Besprechungen zu einer weiteren Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland und einer gemeinsamen Befestigung des Friedens führen. Die Menge darauf in die Rufe aus: „Es lebe Laval!“ „Es lebe Briand!“ „Es lebe der Friede!“ Die Rufe nahmen ein Ende, als der Zug langsam die Halle des Nordbahnhofs verließ.

Laval über die Bedeutung der Berliner Reise

Eine hochbedeutende Erklärung
Paris, 26. September. (Eigener Drahtbericht.)
Ministerpräsident Laval gab vor Vertretern der französischen und ausländischen Presse vor seiner Abreise nach Berlin folgende Erklärung ab:
„Die Berliner Reise, die der Außenminister unternehmen im Begriffe ist, darf nicht als eine solche Höflichkeit angesehen werden. Die Zusammenkunft, die wir mit den deutschen Ministern werden, muß zu einer Tat führen. Wenn die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland verbessert sind, wenn aktive Politik der Zusammenarbeit zwischen beiden großen Völkern eingeleitet wird, bin ich sicher, daß leichter sein wird, das Vertrauen wieder herzustellen. Die notwendigen Aufgaben müssen die beiden Regierungen tätigkeit widmen. Das Werk ist delikat und schwierig. Es ist nicht unmöglich, es zu verwirklichen. Die Unterhaltung, die wir in Paris und London gehabt haben, haben es erleichtert. Wenn es Probleme gibt, die wir unter den gegenwärtigen Umständen nicht besprechen können, so können andere Probleme einem Geiste gegenseitigen Verständnisses gelöst werden. Wir müssen vor allem eine Methode für die Regelung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen uns beiden Ländern festlegen. Diese Zusammenarbeit, von den beiden Regierungen organisiert und kontrolliert, muß und die qualifizierten Vertreter der Hauptzweige der Wirtschaft gegenüberstellt, muß zu günstigen Ergebnissen führen. Wir müssen einen wirksamen physiologischen Kontakt darstellen. Wenn wir unsere öffentlichen Meinungen darauf wohnen, diese Beharrlichkeit bei der Bemühung wirtschaftlicher Zusammenarbeit festhalten, bereiten wir in einer, die wir wünschen, nahen Zukunft die Atmosphäre der Verständigung und des Vertrauens vor, ohne die die ersten Probleme, welche die Welt bewegen, nicht gelöst werden können. In Briand und ich in diesem Geiste nach Berlin abreisen, wir sicher, dem tiefen Gefühl unseres Landes zu entsprechen.“

Aufhebung der Goldwährung in Norwegen und Schweden

Oslo, 27. September. Die norwegische Regierung hat die vorübergehende Aufhebung des Goldstandards verfügt und die Ausfuhr von Gold verboten.
Stockholm, 27. September. Die schwedische Regierung hat für die Zeit vom 28. September bis 30. November die Suspendierung des Goldstandards verfügt und die Goldausfuhr verboten.

Diskonterhöhung in Schweden

Stockholm, 27. September. Die Reichsbank hat den Diskontsatz um 2 Prozent, von 6 auf 8 Prozent, erhöht.

Suspendierung der Goldzahlungen in Bolivien

La Paz, 26. September. Der bolivianische Kongreß hat heute angenommenes Gesetz die Regierung ermächtigt, alle Goldzahlungen innerhalb der nächsten dreißig Tage zu suspendieren.

Ein kraßes Fehlurteil aufgehoben

Ulm, 26. September. (Eig. Drahtbericht.)
Von der Strafkammer des Landgerichts Ulm wurden 11 Reichsbannerleute, die in der ersten Julihälfte wegen angeblichen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis 6 Monaten verurteilt worden waren, unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen. Der Freispruch erfolgte, da der Nachweis für Absicht, Gewalttätigkeiten zu verüben, nicht erbracht werden konnte.

China nimmt keine Annexionen hin

Totio, 26. September. (Eigener Drahtbericht.)
Der Außenminister der Kanton-Regierung hat an den japanischen Außenminister eine Note richtet, in der es heißt, daß keine chinesische Regierung die Regelung des mandchurischen Konflikts annehmen werde, praktisch auf die Annexion dieses Landes durch Japan hinlaufen würde.

PETER RISS
Sahlbad Amort
Kriegsroman der Siebzehnjährigen
Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G.m.b.H. Hamburg-Bergedorf
14. Fortsetzung.
Die einzige Möglichkeit für einen Detektiv, in Ehren abzugehen... verächtlich sprach der Einjährige aus und blickt uns herausfordernd an.
„Sauhund!“ brüllt da Boßin auf, seine Tollkühnen werden ganz groß, und ein unheimliches Feuer flackert darin. Er springt den Sievers wie eine Katze an und tritt ihn mit den fliegenden Stiefeln in den Hintern. Im Nu liegen beide am Boden und ihre Arme juchzen in der Luft herum wie Dreifüßler.
Da springt Preuß dazwischen. Er zeigt sie auseinander laufend und mit verzerrten Gesichtern mußern sich die beiden... der Sohn des Arztes um das Arbeiterkind...
„Keris, Keris!“ ruft Preuß, und seine Augen blitzen wauzig. „Seid ihr denn keine Kameraden?! — Wie soll das denn draußen werden?“
„Kameraden? ... Kameraden? ... ähst Boßin, id will den kein Kamerad nich sind!“ ... er macht dem Einjährigen eine drohende Geste.
Mit loyalem Blick von unten nach oben sieht Sievers hinter Preuß, als warte er die Gelegenheit zu einem heimtückischen Ueberfall auf Boßin ab, wenn Preuß sich entfernen sollte. Preuß aber scheint keine Gedanken zu haben.
„Grenadier Boßin! Du bleibst hier bei Langer“, sagt er im überhörschten Ton und legt dem Erregten die Hand begütigend auf die Schulter. — Dann wendet er sich zu dem Einjährigen und die Stimme ist plötzlich verändert, befehlend:
„Nur Sie, Sievers, marsch an die Spitze der Gewehrtruppen. Im Zukunft sollen Sie Ihre dummen Bemerkungen und Urteile über sogenannte „Detektive“. Dazu sind Sie ein viel zu grüner

Junge, der den Krieg nicht kennt. Lernen Sie erst, was Kameradschaft ist! Sie wollen doch ein gebildeter Mensch sein, habe ich immer gedacht.“
Boßin lachert neben Langer auf der Erde. Er ist bis ins Innere aufgewühlt. Mit den Fäusten, mit welchen er Sievers verprügeln wollte, schlägt er sich jetzt selbst, trommelt er auf seinen Knien herum. Auf und ab leuchtet seine Brust, und er schreit vor Wut: „Den Dits ... den se wie einen Hund behandeln ham ... den hat ... der Schuft beleidigt ... ich ...“
Er kann es nicht fassen, daß auch nur einer gegen den armen Auslöser aufstehen konnte.
Mit weiten, starrten Augen blickt Langer auf den Erregten, und mit einer matren Handbewegung täpelt er nach ihm hin...
„Neh keh Sievers bleich und unklüßig vor Preuß ... keine Hände zittern an der Hosenknopf ... als wolle er dem Befehl nicht gehorchen ... er schluß einige Male und würgt unverständliche Worte heraus ... Preuß weigt um die widerstrebenden Gefühle des Einjährigen ... er geht einen Schritt auf ihn zu: „Na, wollten Sie noch etwas sagen, Sievers? Rühren Sie?“
Da scheint Sievers wie von einem augenblicklichen Gefühl der Verlorenheit überhoben zu sein:
„Siehe! Ich habe ich unrecht gehandelt, Herr Unteroffizier; aber ich habe es ja gelernt von unserem Geschichtsdozenten. — Aber, bitte, nennen Sie mich nie wieder einen grünen Jungen; denn ich möchte Ihr Kamerad sein wie alle anderen ...“
Und Preuß, der gute Preuß, einer der wenigen anständigen Korporale der Armee, legt dem ungeliebten Einjährigen, gerecht gegen jeden Grenadier, die Hände auf die Schultern:
„Du bist mein Kamerad wie die anderen Kameraden auch, mein Junge ... Ihr seid doch alle noch Kinder ... verträgt euch nur. — Kommt mal her, Boßin“, und als dieser vor ihm steht mit hinter zusammengezogenen Brauen, „gebt euch mal die Hand ... so ... wenn Ihr an der Front seid ... in dieser Schmeißerei, da denkt ihr nicht mehr daran, euch zu schlagen ... wenn der Tod euch im Nacken sitzt ...“
Und er legt beide Hände und führt sie zusammen ...
Boßin lächelt sogar schon wieder etwas ...
„Und sollten Sie einmal Offizier werden, Sievers“. — Preuß blickt dem Einjährigen voll in das Gesicht, „dann denken

Sie nicht an Ihre Dozenten, sondern an diesen Tag“, ... zeigt auf Langer, ... dann werden Sie das Richtige treffen.
Da kommt mir blüßartig der Gedanke und die Frage warum dieser Kamerad kein Offizier ist, während Leute wie ich Schinder über uns herrschen und uns zum Haß gegen das Schwert erziehen ...
Mit trauriger Stimme erdet der Korporal: „Aber ich hoffe, daß es nicht mehr so weit kommt, und daß bald ein Offizier mehr gebraucht wird ... und daß Ihr alle bald wieder in eurer Heimat seid ... wo ist denn deine Heimat, Boßin?“
Boßin wird plötzlich wieder lebendig, sein Gesicht hellt sich mehr und mehr auf. — sich mal an, er hat ja sogar Großvater im Sinn ... das habe ich ja überhaupt noch nie gesehen ... er jauchzt es fast heraus: „Janz in die Nähe hier, Herr Unteroffizier ...“ seine kleine Hand zeigt geradeaus, ... Brandenburg ... an der Havel ... Herr Unteroffizier ... hab id da für schöne Fische jeangelt ... Sonntags, wenn nach draußen hing ... — Boßin hat plötzlich alles wieder vergessen ...
„Korporal, hättest du das letzte, das mit dem Offizier nur nicht zu dem Sievers gesagt“, denke ich, — denn ich bin plötzlich einen merkwürdigen Zug in Sievers Gesicht, als wüßte ... niemand anders hat es gesehen ... Haß ... Ironie ... Fallschirm lag in seinem Blick ...
Vieles ist geschehen vor morgen bis mittag; und es nur ein halber Tag im Leben einer Kompanie, nur ein halber Tag ... nur einige wenige Stunden in der Garnison einer Regiments ... — aber Tausende von Regimentern und Kompanien liegen, lauern, hungern, bluten, markieren, marschieren immerzu ... Tag für Tag ... Wochen ... Monate ... Jahre ... Jahre schon ... leiden entsetzlich in diesem „großen Zeit“.
— Denkt niemand denn an die Seelen der großen Akeruten? — an das, was in uns vorgeht? ... an den Krieg unserer Gedanken ...?
Nein! Niemand!!!
Einer nach dem anderen springen die Rekruten herbei auf und sind eingezogen von einem Dröhnen und Summen, das kommt näher und näher ...
„Regimentsmaj! ... Regimentsmaj!“

(Fortsetzung folgt)

Sind die Pläne ernst gemeint?

„Erwägungen“ der Reichsregierung über Lohnabbau? Neue Notverordnung erst Ende der Woche — Größere Mittel für die Gemeinden Gewerkschaften und Sozialdemokratie gegen diese Pläne

Innerhalb der Reichsregierung schweben zurzeit Erwägungen über eine elassifizierte Gestaltung der Löhne. Das Ziel ist, bei gleicher Lohnsumme eine größere Zahl von Arbeitsträften zu beschäftigen. Das bedeutet einen sehr erheblichen Lohnabbau. Der Plan beruht auf Anregungen des neuen Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen Industrie, des Herrn von Krupp zurück.

Die Verwirklichung derartiger Pläne wäre gleichbedeutend mit dem Scheitern der Regierungspolitik. Die deutsche Gewerkschaft hat bisher schon so große Opfer gebracht, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei unter keinen Umständen bereit sind, sich mit einem weiteren Lohnabbau und der Bewegung der seit Jahrzehnten bestehenden Tarifverträge abzufinden. In den öffentlichen Gewerkschaften wird eine ähnliche Auffassung vertreten, so daß gegen die Pläne eine Einheitsfront aller Arbeiter geschaffen ist, gegen die auch das Zentrum nicht ankämpfen vermag.

Die neue Notverordnung der Regierung ist am Ende der Woche zu erwarten. Von den zweiwöchentlich Punkten der Tagesordnung, mit deren Beratung die Regierung am Donnerstag begonnen hat, waren bis Sonnabend

erst sieben erledigt. Ein wirksames Winterprogramm, das mit neuen Ideen an die Bekämpfung der furchtbaren Wirtschaftskrise herangeht, wird aber auch in der neuen Notverordnung nicht enthalten sein.

Die angekündigte Reichsarbeitslosenfürsorge ist an den Differenzen zwischen dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium gescheitert. Den Gemeinden sollen die Lasten aus der Unterstützung der Wohlerwerbslosen wenigstens teilweise abgenommen werden. Insgesamt werden dafür rund 230 Millionen zur Verfügung gestellt, die entsprechend dem Maß der Lasten durch die Wohlfahrtsverbände an die einzelnen Gemeinden verteilt werden. Für Berlin zum Beispiel rechnet man mit einem Betrag von etwa 20 Millionen Mark für das Winterhalbjahr. Dagegen soll der Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung zum Teil durch eine Ueberwälzung der Lasten auf die Krisenfürsorge, zum Teil durch weitere Einsparungen gedeckt werden.

Um die Bedenken gegen diese Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen, haben in der vergangenen Woche Besprechungen der Sozialdemokraten mit dem Arbeitsminister, dem Finanzminister und dem Reichsminister stattgefunden. Sie werden am Dienstag fortgesetzt.

nicht die Sache der Opposition, um die es hier geht, — das werden die nächsten Tage beweisen, das beweist schon heute die Tatsache, daß niemand im Bezirk daran denkt, die Partei zu verlassen.

Keine Sonderkonferenz in Breslau

In einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ über den gegenwärtigen Konflikt in der Partei, der, wenn wir recht unterrichtet sind, am Donnerstag erschien, ist auch von einer Sonderkonferenz in Breslau die Rede. Genosse C. Klein bittet uns, mitzuteilen, daß diese Behauptung von der Veranstaltung einer Sonderkonferenz in Breslau unbegründet ist. Eine solche Sonderkonferenz habe niemals stattgefunden.

Dettinghaus geht zur SPD.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dettinghaus ist zur kommunistischen Partei übergetreten. Er ist damit dem Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei zuvorgekommen.

In Genf rüstet man zur Abreise

Die Schlußtagung der Europakommission

Genf, 26. September (Eigener Drahtbericht)

In der Schlußtagung der Europakommission wurde am Sonnabend das Sonderkomitee für die Beratung des russischen Antrages auf Abschluß eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes gewählt. Es besteht aus den Vertretern von 26 Staaten, darunter Vertreter der Türkei und Sowjetrußland. Amerika wird ebenfalls eingeladen werden. Das Komitee tritt am 2. November zum ersten Male zusammen.

Als Präsident der Europakommission wurde auf Vorschlag Lord Cecil's der französische Außenminister Briand unter starkem Beifall auf ein Jahr einstimmig gewählt. Grandi, von Bernstorff unterstützt, schlug als Vizepräsidenten Motta vor. Sozial-Polen wollten dann noch Politis, Griechenland noch als zweiten Vizepräsidenten gewählt wissen, da er in Paris lebe und mit Briand stets direkt verhandeln könne. In Wirklichkeit handelt es sich darum, die Ueberlegenheit der französischen Leitung zu garantieren. Auch die Abwehr Grandi's, wenn überhaupt ein zweiter Vizepräsident nötig sei, so wäre er auch für Politis, konnte nicht verhindern, daß Politis gewählt wurde. Bettelheim dankte anstelle Briand's für dessen Wahl, die symbolisch sei. In diesem Augenblick reiste Briand gerade nach Berlin und die ganze Kommission erwarte, daß damit eine neue Ära zwischen Frankreich und Deutschland, sowie für Europa beginne. Die nächste Europa-Tagung wird einige Tage vor der des Völkerbundes im Januar 1932 beginnen.

Genf, 26. September (Eigener Drahtbericht)

Die Vollversammlung des Völkerbundes hat am Sonnabend eine Entschließung angenommen, in der die Regierungen aufgefordert werden, bis zum nächsten Jahre ihre Meinungen über die Gesamtheit des Problems der Nationalität der verheirateten Frau einzureichen. Ferner nahm die Vollversammlung den Bericht über das Finanzwerk des Völkerbundes an, mit der Aufforderung an die Regierungen, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um die internationale Annäherung zu fördern und die normale Wiederaufnahme der nationalen und internationalen Kapitalanlagen zu ermöglichen. Schließlich wurde noch ein Appell zur halbjährigen Zahlung an die Staaten gerichtet, die dem Völkerbund Beiträge schulden. Der geschuldete Betrag beläuft sich auf 14 Millionen Schweizer Franken, die sich auf 17 Staaten verteilen.

Am Montagabend wird die Vollversammlung ihre diesjährige Tagung beenden.

Falsche Gerüchte über die Berliner Schupo

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Berzählt sind in der Berliner Öffentlichkeit in den letzten Tagen Gerüchte verbreitet worden, die von Gehorsamsverweigerungen innerhalb der Schutzpolizei Berlin wissen wollten. In diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Es handelt sich vielmehr um bössartige Verleumdungen der Berliner Polizeibeamtenschaft, deren politische Absicht allzu deutlich ist. An einigen Stellen der Stadt wurden auch Flugblätter verbreitet, in denen die erwähnten falschen und beleidigenden Behauptungen sowie Aufforderungen zum Ungehorsam enthalten waren. Verbreiter dieser Flugblätter und Behauptungen sind verschiedentlich festgenommen worden und werden dem Oberreichsanwalt wegen Vorbereitung des Hochverrats zugeliefert werden.

**! Vergest nicht, für Eure Partei !
und für Eure Presse zu werben !**

Ultimatum des Parteivorstandes an Rosenfeld und Sendewitz

Sie sollen erklären, ob sie sich dem Parteiausschlußbeschluss fügen werden

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat an die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Max Rosenfeld und Kurt Sendewitz als Gesellschafter der „Freien Verlags-Gesellschaft“ per Einschreiben folgenden Brief gerichtet:

Werter Genosse!

Unter Hinweis auf den Beschluss des Parteiausschusses in der Sitzung vom 2. September 1931 habe ich Sie als Gesellschafter der Freien Verlags-Gesellschaft die Frage zu richten, ob Sie bereit sind, sich dem Beschluss des Parteiausschusses zu fügen. Wir haben darauf verzichtet, diese schriftliche Frage unmittelbar nach dem Stattfinden der Parteiausschuss-Sitzung an Sie zu richten, weil wir glaubten, das Erscheinen der nächsten Nummer der „Gabel“ erwarten zu sollen. Wir waren der Auffassung, daß die dadurch gegebene Frist ausgereicht hätte, um in Nummer 4 der „Gabel“ eine entsprechende Erklärung zu veröffentlichen. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Deshalb richten wir heute die einleitend gestellte Frage an Sie und ersuchen, uns bis Montag, den 28. September, Ihre Antwort zuzustellen. Mit Parteigrüß!

Der Parteivorstand, J. U. D. Weis.

Von dem sozialdemokratischen Bezirksvorstand und dem Rat des Bezirks westliches Westfalen ist beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dettinghaus ein Ausschlußantrag gestellt worden.

Das „Sächsische Volksblatt“ erneut gegen Sendewitz

Im Zwickauer „Sächsischen Volksblatt“, das von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Max Sendewitz geleitet wurde, nimmt Walter Victor, einer der Redakteure dieses Blattes, „zur Lage in der Partei“ folgende Stellung:

„Die Haltung des Genossen Sendewitz nach dem Parteiausschluß hat das langjährige Vertrauensverhältnis, das zwischen uns bestanden hat, beendet. Sendewitz hat bereits vor dem Parteiausschluß den Entschluß gefasst, sich einem etwaigen Verbot, wie es ausgesprochen worden ist, nicht zu fügen. Meine Bitte, dann klare Konsequenzen ziehen, nicht nach Zwickau zurückzukehren, sondern von Berlin zu tun, was er für nötig und richtig hält, hat er unerschrocken gelassen. Am Tage nach dem Parteiausschluß hat er an dieser Stelle einen Artikel veröffentlicht, der absichtlich die Frage: Was nun? offen läßt. Kein Mensch konnte aus diesem Artikel herauslesen, welche Haltung nun Sendewitz einnehmen werde. Die wiederholte Forde-

rung, sofort vor den zuständigen Bezirksinstanzen Klarheit zu schaffen, hat er abgelehnt. Einen am Vormittag nach dem Parteiausschluß von mir verfaßten Aufruf, den ich ihm zur Veröffentlichung übergab und der nur dann nicht erscheinen sollte, wenn er selbst nunmehr eine offene Erklärung abgeben wollte, hat er nicht veröffentlicht. Wir stehen der Tatsache gegenüber, daß Max Sendewitz zwar eine Reihe von eigenen politischen Vertrauensleuten, nicht aber seine Vexer und seinen Bezirk von Dingen unterrichtet, die praktisch gegen die Partei gerichtet sind. Namenlos enttäuscht über dieses Verhalten eines Mannes, der bisher stets offen seine Meinung vertreten hat, in einem Augenblick von höchster Entscheidung aber Taktik für wichtiger hält als Aufrichtigkeit, gilt es die Konsequenzen zu ziehen. Es ist nicht wahr, daß „jede oppositionelle Bewegung“ von dem Parteiausschluß mit Gewalt unterdrückt wird, — wir werden das dadurch beweisen, daß wir wie bisher, wo es uns nötig erscheint, Kritik üben werden. Der Parteiausschluß verbietet keine Opposition, kann sie gar nicht verbieten. Was er verboten hat sind die „Freie Verlags-Gesellschaft“ und die „Gabel“, von deren Gründung und Existenz Sendewitz trotz meiner wiederholten Bitten den Leitern des „Volksblattes“ ebenfalls keine Mitteilung gemacht hat, bevor sie verboten wurden. Es ist ebenso unwahr, daß der Parteiausschluß von der Opposition verlangt hätte, „auf jeden Kampf um die Durchsetzung unserer Auffassung innerhalb der Partei“ zu „verzichten“. Wahr ist, daß Sendewitz wie bisher an dieser Stelle und an jeder anderen, die ihm offenstand, innerhalb der Organisation für seine Auffassung weiter kämpfen kann. Wenn Sendewitz es trotzdem zum Ausschluß kommen lassen sollte, so provoziert er ihn und wird vor der Geschichte mit dieser Schuld belastet bleiben. Das Betrüblächste indessen ist die menschliche Form, in der dieser Bruch sich vollzieht. Die Partei hätte ein Recht darauf gehabt, daß Sendewitz mit ihr klar und offen gesprochen hätte. War seine Sache gut, so bedurfte es keiner taktischen Winkelzüge mit dem Ziel, den Parteivorstand denjenigen sein zu lassen, der durch den Ausschluß die Sache ins Rollen brachte. Dann konnte er frei und offen vor die proletarische Öffentlichkeit treten. Aber die Sache ist nicht gut. Wäre die Sache gut, aber selbst wenn sie schlecht wäre, würde es männlicher, ehrlicher, klarer sein, wenn Sendewitz am Tage nach dem Parteiausschluß sie offen proklamiert hätte. Dem Bild, dem Führerbild, das viele von Max Sendewitz hatten, hat das ausweichende, bemußt unaufrichtige Verhalten unermischbare Stellen aufgeprägt. Aber ich wiederhole: die Sache ist nicht gut. Es ist

10000 Mark winken!

Hallo! Hier wird etwas verschenkt: 9 Herren stehen schuhlos da, weil Schorsch, der Piccolo vom „Goldenen Löwen“, ihnen ihre LINGEL-Schuhe (was trägt ein Herr wohl sonst?) vertauscht hat. Helfen Sie ihm, den neun Herren ihre Schuhe wiederzufinden. 10000 Mark haben wir für richtige Lösungen ausgesetzt. Das ist ein schönes Stück Geld für ein bißchen Menschenkenntnis. Es lohnt sich also. In jeder LINGEL-Verkaufsstelle erhalten Sie die Bedingungen.

LINGEL

In Breslau nur: **Schweidnitzer Straße 43b, an der Hummerei**

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Schlesische Philharmonie. Abonnementsbestellungen für die Konzerte der Schlesischen Philharmonie werden täglich in der Zeit von 10 bis 14 und 17 bis 20 Uhr in der Geschäftsstelle der Schlesischen Philharmonie (Stadttheater) angenommen. Platzbestellungen können auch schriftlich oder telefonisch (225 01) erfolgen. Besonders sei nochmals auf die Vorteile des Teilabonnements (sechs Konzerte mit 20 Prozent Preisermäßigung) hingewiesen.

Stadttheater. Heute Montag, Anfang 20 Uhr, letztes Gastspiel Richard Groß in Vorhänge-Tomischer Oper „Der rote und schwarze“ (Herr Groß singt die Partie des Jaren. Morgen Dienstag, Anfang 20 Uhr, Abonnementsvorstellung A 3): „Der Bettelstudent“. Mittwoch, Anfang 20 Uhr (Abonnementsvorstellung B 3): „Othello“. Donnerstag, Anfang 20,15 Uhr: „Salome“.

Das „Weiße Rößl“ im Schauspielhaus. Donnerstag, den 1. Oktober, eröffnet das Deutsche Theater in München das bereits angekündigte Sensationsstück mit dem Duetten-Singpiel „Im weißen Rößl“ nach Blumenfeld und Kadelburg mit der Musik von Ralph Benatzki. Die Proben zu dem Gastspiel sind bereits im Gange. Die technischen Vorbereitungen sind soweit beendet, daß die Drehbühne bereits eingebaut ist und in den nächsten Tagen, bereits das Schauspielhaus in das Hotel „Zum weißen Rößl“ umgewandelt sein wird.

Liebig erwacht! Unter der neuen Leitung von Philipp Casing und Geh. r. St. Lehberg wird das Liebigtheater am 1. Oktober, also am nächsten Donnerstag, seine Pforten öffnen; damit wird Breslau endlich wieder das hochklassige Varieté erhalten, das es als internationale Varieté-Hochburg verdient. Das Eröffnungsprogramm, das die neue Leitung bietet, ist in des Wortes allerbesten Bedeutung ein Musterprogramm der Prominenten mit absoluten Neuheiten und Attraktionen, die man sich aus aller Herren Länder hat kommen lassen. In bewährter Weise von der alten Varieté-Schablone (zehn kleine Nummern um eine Starnummer herum) hat man ein Programm geschaffen, in dem nur Spitzennummern der Weltkult-Varietés mitwirken. Zugleich mit dem Liebigtheater ist auch Liebig's Tanspalast und Bar neu eröffnet. Hier spielen Galon von Cichwald und seine Symphoniker zum Tanz auf. Der ökonomische Betrieb ist in ausgezeichneten Händen.

Varieté Wappenhof. Das mit ungewöhnlich großem Erfolg garkierende Fred Kaiser-Ensemble wird nur noch wenige Tage die Besucher im Wappenhof mit der uralten Burleske „Fiederle“ unterhalten. Die übrigen Attraktionen sind viel bewundert und verfügen über eine Jugkraft, die täglich das Haus bis auf den letzten Platz füllt.

Illuzer. Nur noch drei Tage ist die originelle Dekoration zu sehen, die für die „Ballnacht rund um die Verkehrsampel“ den Rahmen gab. Am Donnerstag, den 1. Oktober, wird eine große Ueberarbeitung gezeigt werden, die das Illuzer vollständig verändern wird. Auch neue Varieté-Attraktionen werden

angeht, in diesen Mittelpunkt das Ballett-Erit Heroy steht, das man als deutsche Illuzer-Girls bezeichnet.

Wittners Nachbühne-Bierfabrik und Tanspalast. Nur noch steht Fred vom Hofes rheinisches Burlesken-Ensemble in der 1. Oktober beginnt das Gastspiel der Original Leipziger Erh. Wier.

Geschäftliches

10 000 Mark winteln! Sie winteln wirklich — aus den Zeitungspropheten, die einem ins Haus gebracht werden, von der Zeitungs-Redaktion, die einem anhaben will, aus den Schaufenstern — dazu einem mit einer herabragenden Beherrschung — eingeschämert, daß ein gefannte Spezialität für Herrenhüte, einfach, elegant, bequem mit 10 000 Mark winteln verankert, daß man sich einfach daran beteiligen muß. Sehr nette Sache, dieses neue Ringel-Preisausstreichen, das unter Ihren Herren suchen ihre Schuhe — 10 000 Mark für ein hübsches „Winteln“ gekaufte wird. Also, da werden keine Herren, die in einem Hotel die Schuhe verlaufen und ... aber wir wollen nicht aus der Schule. Jedenfalls wünschen wir allen, die sich am Ringel-Preisausstreichen viel Spaß und viel Glück.

Straßen-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Breslau
Am Freitag, 25. Septemb., nachm. 5 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser **Richard Kiock** im Alter von 29 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, den 29. September, nachmittags 2 Uhr, von der Halle III in Gräbschen.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen. Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffend. Volkes. Preis 35 Pf.
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Zuverlässig
Über allen Parteien
Schnellste Auskunftserteilung
Unentbehrlich für Jedermann
DER GROSSE BROCKHAUS
200000 Stichwörter, 42000 Abbildungen
220 Karten und Stadtpläne
Probekostlos
F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG
Der Unterzeichnete bittet um unverbindliche Zusendung des Probeheftes „Der Große Brockhaus neu von A-Z“
Name u. Ort: _____
Straße: _____

Am 26. September entschlief sanft meine liebe Frau, unsere liebe, gute Mutter und Schwiegermutter, Omama, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Luise Machunske
geb. Strauch
im Alter von 61 Jahren.
Breslau, den 28. September 1931
Habeustraße 114.
In tiefer Trauer:
Die Hinterbliebenen
Beerdigung: Dienstag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des St. Salvatorfriedhofes aus.

Am 25. September 1931 entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager, Onkel u. Cousin, der Gastwirt
Kurt Dabisch
im Alter von 54 Jahren.
In tiefstem Schmerz:
Breslau, Friedrich-Karlstraße 3, den 28. September 1931
Hedwig Dabisch, geb. Baron
Die Beerdigung findet Dienstag, den 29. September, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes aus, in Cosel statt.

Möbel kauft man bei Süßmann
43 Jahre
Wachtplatz - Fischergasse 2, I.

Circus Busch
Schaus-Arena / Rai 291 35
Vorletzter Tag!
3 Entscheidungen:
Kley - Ferostanol
Kawan - Favre
Becker - Naber

BEI VERGEBUNG VON
DRUCKSACHEN
BERÜCKSICHTIGEN INDUSTRIE UND HANDEL KOMMUNAL UND STAATSBÜROKRATEN PARTIEVEREINE GEWERKSCHAFTEN KRANKENKASSEN ARBEITERSPORT- UND VERGNÜGUNGSGESellschaften DIE BUCHDRUCKEREI DER
VOLKSWACHT
DRESLAU & FLUKSTRASSE 4-6

Urania
12 Monatshefte und 4 Bücher
Der proletarische Kosmos
In best. durch die Geschäftsstelle 8 Zeitungs- u. die Zeitungsstr.

STADTTHEATER
Montag, 20 bis nach 22.45
Letztes Gastspiel Richard Groß
Zor und Zimmermann
Dienstag, 20 bis 22.45
Abonn.-Vorstellung A 3
Der Bettelstudent
Mittwoch, 20 bis 23
Abonn.-Vorstellung B 3
Othello

LOBETHEATER
Täglich 20.15 bis 23:
Elizabeth von England

THALIA THEATER
Täglich 20.15 bis 22.15:
Die Hölle
Dienstag, 15.30 bis 17.15:
Breite Bahn dem Tüchtigen

Schauspielhaus
Sonntag, den 1. Oktober und täglich 8 1/2 Uhr
Gastspiel
Deutsches Theater München
Der Welterfolg!
Im weißen Rößl
Operetten-Singpiel nach Blumenfeld & Kadelburg
Musik von Ralph Benatzki
Auskattung:
Professor Ernst Stern
Die Darsteller des Weißen Rößls tragen die bekannte S. S. Kleidung, S. S. Keulen, Säbel, Schweißniger Straße. Preise von 1.20 Wf. an
Vorverkauf eröffnet.

Und immer wieder ins
ALKAZAR
3143 Breslau
Vergnügungszentrum
Neue Taschenstraße 31-33
Büttner's Lachbühne
(früher Broadway)
Die Vergnügungslithe für jedermann.
Das große Lachprogramm.
Täglich Publikums-Tanz.
Eintritt 30 Pf.
Buchhandlung Volkswacht
Mod. rones Antiquariat
Breslau 3. N. Graupenstr.

LIEBICH THEATER
eröffnet
am **1. Oktober**
unter neuer Leitung
Ph. Lesing u. Gebr. Hirsch
mit einem
Varieté-Programm der Prominenten
10 Starnummer
aus aller Herren Länder
Beachten Sie bitte unsere weiteren Ankündigungen
LIEBICH-TANZ-PALAST u. B.
Ab 1. Oktober:
Hakon van Eichwald und seine 12 Soli
Die beste Jazz- u. Tanz-Kapelle Schw.

Eröffnung meines Damensalons
am 30. September!
Ondulieren
Haarschneiden
Haarwaschen
Dauerwellen, der ganze Kopf 8,75
Wasserwollen
Im Herrensalon habe ich die Preise ebenfalls herabgesetzt:
Rasieren
Haarschneiden
Kinderhaarschneiden
Trotz der billigen Preise gute, saubere Bedienung!
Um gütigen Zuspruch bittet
M. Mendel
Breitstraße 3

Wir empfehlen uns bestens

W. Popp & Co., Breslau II
Fernruf 306 89
Erste und älteste Firma am Platze
Lieferant des Gewerkschaftshauses
Fleischsalat und Mayonnaise
Max Tamberg
Breslau 21, Gräbschener Str. 132
Telephon: 305 18
Schlosserei :: Eisenkonstruktion

Pomanti Der köstliche Apfelquell
Weisen Sie Nachahmungen zurück!
Elektromotoren
Reparaturwerkstatt seit 1907
Kauf - Tausch - Miete
Carl Felleendorf Matthiasstr. 39
Telephon 442 54
Berücksichtigt unsere Inserenten

REINHARD BISCHOFF
Herdainstr. 69 u. Augustastr. 9
Telefon: 391 72 und 504 26
Kraftwagen - Reparaturwerkstatt
Magnet- u. Autolicht-Werkstätten
Inh. Paul Glamsch - Fernruf 587 29
Breslau 6, Posener Straße 48-52
Werkstätte für sämtliche Reparaturen an Magneten, Lichtmaschinen, Anlassern, Akkumulatorenbau und -Reparatur, Ladestation, Varta-Batterien

Die Kreis-Spar- u. Girokasse des Landkreises Breslau
Weidenstraße 15
nimmt
Spareinlagen
in jeder Höhe unter günstigen Bedingungen entgegen.

Gas / Wasser u. Kanalisation
G. Unikower, Kaiser-Wilhelm-Straße 60

Heinrich Edion
Breslau 6, Friedrich-Karl-Str. 7
Spirituosen- und Likör-Fabrik
Es lobt, wer probt den guten Korn, wenn Du ihn kaufst beim „Edion“
Für Drucksachen u. Inserate
Schönhals Klischees
Breslau I, Reuschestr. 53

Wein ist billig!
Wer deutschen Wein trinkt, hilft den notleidenden deutschen Weinbauern
Bevorzugen Sie
Raiffeisen-Weine!
Zu haben zu Originalpreisen in vielen Kolonialwaren- und Delikatessgeschäften, auch in der Provinz, sowie im Hauptbüro der Raiffeisen-Weinkellerei, Breslau, Junkernstraße 41/43

gibt Kraft und Gesundheit
Es ist erhältlich nur in den Edeka-Geschäften

Gaskoks
der gute Brennstoff für Zentralheizungen und Füllöfen.
Zu beziehen durch die
Stadt Gaswerke
Telefon 384 61
oder durch die Kohlenhändler.

Wochenende der Breslauer Arbeiterschaft

Bezirkskonferenz der Kinderfreunde

Geschlossenheit der Gesamtbewegung, die Voraussetzung fruchtbringender Kinderfreundearbeit

Kein Zweig der Arbeiterbewegung erweist in seiner von der Zuversicht und vorwärtsweisender Ziehung erfüllten Arbeit in dieser Periode entschlossener, persönlicher und allgemeiner politischer Wirksamkeit und Befähigung für die Arbeiterbewegung mehr die Notwendigkeit organisatorischer Geschlossenheit, als die Kinderfreunde. Keine wie immer geartete Meinungsverschiedenheit kann und wird die Schädigung der Zerschlagung dieser im wahrsten und tiefsten Sinne revolutionären, das Bewusstsein der Arbeiterklasse selbst revolutionierenden Bewegung zu rechtfertigen vermögen. Dieses Empfinden erfüllte sich fast jeden, der am Sonnabend der Bezirkskonferenz Mittelteil der Arbeiter-Kinderfreunde beiwohnte.

Der Beginn der Konferenz wurde allerdings durch einige organisatorische Unzulänglichkeiten, deren Wiederholung zu vermeiden sein wird, etwas gestört, da die auswärtigen Delegierten bei vorgefertigter Beratung erschienen. Aber der Geist, Kampfkraft und Arbeitsfreude erschienen ungeachtet solcher Vorurteile ungebrochen. Eingangs berichtete Erich Ritsche-Breslau über die Zeltlager in Clausstal-Zellerfeld und Ramsdorf, Ergebnisse in pädagogischer, organisatorischer und gesundheitlicher Beziehung. Wie unseren Lesern bereits bekannt ist, insbesondere die letzteren besonders befriedigend.

Das Hauptreferat der Tagung hielt Genosse Kurt Löwenstein in Berlin, den die Falken, voran die schneidige Falkenkapelle, im Bahnhofs einholten. Vom Balkon des Gemeindefausthauses unter begrüßte Genosse Ritsche in Löwenstein den Pionier, vor zehn Jahren mit einigen Wenigen die Kinderfreunde Bewegung in Deutschland begründete, deren Entwicklung uns heute mit berechtigtem Stolz erfüllt. Löwenstein selbst überbrachte Grüße der Berliner Roten Falken, denn auch in der Reichshauptstadt gibt es, wie überall, Arbeiterkinder, Falken und Heide, daß im nächsten Jahre ein Zeltlager in Frankreich errichtet werde, zu dem nicht nur Rote Falken von Paris, aus Ostpreußen, Schwyz und Oesterreich, sondern vielleicht auch aus Dänemark und England, alle unter roten Fahnen, alle den eigenen Parolen folgend, kommen werden. Auch ganz ferne von hier, in Britisch-Guayana, wo keine weißen Menschen mehr zu sehen, gibt es jetzt schon kleine, rote Heidegruppen, die ihre Kinderrepubliken bauen, so wie wir es aller Gegnerschaft zum Trotz tun. Bis einst für alle die große, rote Arbeiterrepublik errichtet werden kann.

Mit einem herzlichen „Freundschaft“ wurde die Ansprache beendet, die Arbeiter-Marxistengemeinschaft gesungen und dann wieder mit der ersten Arbeit der Konferenz, begonnen.

Genosse Löwenstein sprach über die wirtschaftliche und politische Situation als Hemmung der Kinderfreunde-Erziehung, über die verschiedenen Stadien klassischer Gegnerschaft, die sich einstmals in Verleumdungselbstzug, jetzt in behördlichen Maßnahmen der — katholisch beeinflussten baprischen Reaktion — ebenso klassikal beherrschten preussischen Wohlfahrtsmiffertiums zeigen. Starke Hemmungen treten aber außerdem auch in den wirtschaftlichen Zeitumständen und der politischen Not der größtenteils aus dem Wirtschaftspraktisch geschiedenen Arbeiterschaft zu Tage. Der Vortrag umriß alle Schwierigkeiten, ohne pessimistische Schlussfolgerungen aus ihnen zu ziehen. Optimismus und Tatbereitschaft werden über alles hinweggeholfen. Prinzipien, wie das der Koedukation, ungeachtet der behördlichen Eingriffe, nicht aufgegeben werden, da in der Kinderfreundearbeit obliegt, an ihrer sozialistischen Eigenart festhalten, sie zu entwickeln, sie nicht zu einem Kaffeekränzchen werden zu lassen. Bedeutende Erfolge, die erzieherisch nirgends nicht wurden, beweisen die Richtigkeit dieser Auffassung.

Interessant waren weiterhin die Berichte Löwensteins hinsichtlich der internationalen Entwicklung der Kinderfreunde-Organisationen und des geplanten internationalen Zeltlagers in Frankreich, das die Aufgabe haben wird, den politischen internationalen Gedanken im Bewusstsein des proletarischen Kindes zu wecken, ebenso wie die kommenden Bezirkslager, über die der Bericht ebenfalls kurz sprach, in ihrer Lebensmöglichkeit im eigenen politischen Charakter unserer Arbeit begründet sind. Für alle Aufgaben gelte es die Geschlossenheit der Bewegung zu erhalten.

Die Aussprache wurde in der Sonntagmorgens vom Genossen Kurt-Breslau eröffnet, der sich mit den Ferienplänen des kommenden Jahres beschäftigte. Genossin Lina Scheerle ver-

langt eine Vorbereitung der Ferienarbeit mit besonderer Berücksichtigung derjenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu Hause bleiben müssen. Löwenstein fordert zur Beseitigung vieler Schwierigkeiten die Einrichtung von Gemeindefaustklaffen mit gestaffelten Beiträgen, um die Zeltlagerarbeit zu finanzieren. Wegen der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten rät der Genosse Müller-Striegau von einer Verfeinerung der Zeltlagerpläne ab. Alle Lagerpläne müssen unter dem Gesichtspunkt größter Wirtschaftlichkeit, unter schärfster Drohung aller Lagerinteressen, stehen. Die Genossen Hoffmann-Schweidnitz, Welsch-Ohlau, Emma Jescher und Toni Simmel-Breslau beleuchten eingehend entscheidende finanzielle Fragen. Die Genossin Jabel-Breslau unterstreicht die schwierige

Genosse Kurt Löwenstein spricht über:

Kampf der Kulturreaktion Massenfundgebung im Schiefwerder

Die Anwesenheit des Führers der sozialistischen Erziehungsbewegung anlässlich einer Bezirkskonferenz der Arbeiterkinderfreunde Mittelschlesiens gab am Sonnabend abend auch Gelegenheit, die kulturelle Situation durch den Genossen Löwenstein vor der Breslauer Arbeiterschaft kennzeichnen zu lassen. Trotz des schlechten Wetters, trotz des ungünstigen Versammlungstages war der große Saal des Schiefwerders am Sonnabend abend überfüllt und viele

Mit einem Fanfarenmarsch der Arbeiterjugend-Kapelle und einem Einmarsch einer stattlichen Fahngruppe wurde die Kundgebung eröffnet und Genosse Rausch entbot dem Führer der proletarischen Kulturbewegung herzliche Willkommensgrüße. Nach einigen von Genossen Eggers rezipierten proletarischen Gedichten trat Genosse Kurt Löwenstein ans Rednerpult und legte sich in einem groß angelegten Referat mit dem Vorbringen der Kulturreaktion auf allen Gebieten auseinander. Abschließend kennzeichnete er die Notwendigkeit, für die Arbeiterschaft, sich den immer eindeutiger werdenden Angriffen entgegenzustellen.

Die Weltkrise, die immer weitere Kreise zieht — so führte Genosse Löwenstein aus — erbringt mehr und mehr den Beweis, daß der Kapitalismus seine Aufgaben erfüllt hat. Raum und Zeit sind überwunden worden und die Nationalisierung hat auch die Muskelkraft zu einem großen Prozentsatz überflüssig gemacht. Wichtige Voraussetzungen zum Aufbau neuer Kulturen sind damit eigentlich geschaffen worden, zumal es an Nahrung, Kleidung und Arbeitskräften zur Schaffung ausreichender gesunder Wohnstätten nicht mangeln würde.

Dennoch fehlt eine entsprechende gesellschaftliche Organisation. Politische, soziale und kulturelle Reaktion marschieren in einem solchen Zeitpunkt nebeneinander, Kapitalismus und Kirchen stellen sich in die Kampffront gegen den Marxismus und von den gleichen Zielen sind die politischen Parteien von den Nazis bis zur Staatspartei erfüllt. Überall, wo sich die Arbeiterklasse um die Schaffung neuer Kulturgüter bemüht, tritt ihr die ärgste Feindschaft des Bürgertums entgegen.

Die Verfälschung hat zwar das Recht auf Weltlichkeit verankert, aber je mehr sich die Reaktion auf wirtschaftlichen und politischen Gebieten breit machen konnte, umso mehr häufen sich auch die Eingriffe auf kulturellen Gebieten und es ist eine nur zu bekannte Tatsache, daß aus der Kirche ausgeschiedene Lehrer keine Befähigung und Anstellung finden. Die Situationen spizen sich mehr und mehr zu und es ist an der Zeit, daß auch die Arbeiterklasse die öffentliche Meinung mobilisiert. Es wird eine dringende Aufgabe werden, die den Kirchen noch angehörenden Klassenangehörigen aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln, soweit sie mit den Glaubensidealen der Kirchen gebrochen haben. Diese Gleichgültigkeit muß überwunden werden, denn sie wirkt sich gegen die eigene Klasse aus.

Genosse Löwenstein wandte sich sodann der Tätigkeit der

Situation der Arbeiterwohlfahrt, benachbarten Organisationen zu helfen, da sie selbst außerordentliche Schwierigkeiten hat, ihren eigenen Verpflichtungen nachzukommen. Löwenstein weist auf die starke Verpflichtung der Kinderfreundebewegung hin, den internationalen Gedanken zu pflegen. Internationale Lager sind keine Luxusangelegenheit, sondern eine hochbedeutende, unerlässliche Erziehungsmaßnahme in der Zeit nationalistischer Hochspannung. In der Frage der Koedukation wehrte er sich entschieden gegen die Tatsache, daß trotz nachhaltigster bester Erfahrung in den Zeltlagern und schlechtester Erfahrung in geschlossenen Kinderheimen nach wie vor die wirklichkeitsverneinende Ansicht des laienhaften Rechtes in der öffentlichen Meinung sich breit macht. Menschen, die keine Ahnung vom Zusammenleben in den Zeltlagern haben, sollten sich in entscheidend öffentlichen Meinern jeder unkontrollierten verzerrten Meinung enthalten.

Genosse Ritsche faßt dann das Ergebnis der Aussprache zusammen. Der Bezirk Mittelschlesien wünscht, im kommenden Jahr mit Genossen aus der Tschechoslowakei und aus Sachsen ein gemeinsames Lager zu beziehen.

Über den anschließenden Kurzus des Genossen Löwenstein „Die seelische Entwicklung des Kindes und die Methode der Gruppenarbeit“ werden wir besonders in der nächsten Jugendbeilage berichten.

Arbeiterkinderfreunde zu und charakterisierte die Angriffe der Kulturreaktion gegen die proletarische Erziehungsbewegung. Sie sind die Verleumdungen selbst der radikalsten Gottlosen gegen die Kirchen so maßlos gewesen, wie die von kirchlichen Seiten ausgestreuten Verleumdungen gegen die Kinderfreunde. Die Reaktion ist auch politisch tätig geworden und hat in Bayern ein Verbot der Organisation durchgesetzt, aber allen Verleumdungen und Aktionen zum Trotz ist der Aufschwung der Bewegung auch durch die größten Gemeinheiten nicht aufzuhalten gewesen. Das Verbot der Kinderfreunde für Bayern hat lediglich erreicht, daß den Proletariatskindern schon in früherer Jugend eindeutig offenbart wird, was Reaktion ist. Inzwischen bemüht sich aber auch der preussische Volkswohlfahrtsminister die Maßstäbe der Kirchen anzulegen. Die Gemeindefaustbildung von Jungens und Mädchens mit ihren ausgezeichneten Erfolgen ist den Bischöfen ein Dorn im Auge und es scheint so, als ob man hier und da glaube, daß das für die Gläubigen autoritative kanonische Recht selbstverständliche Voraussetzung für alle Staatsbürger sein müsse.

Die Bestrebungen des preussischen Wohlfahrtsministers gehen auf nichts anderes hinaus, als den Kinderfreunden die Erziehungsmaximen nach den Anschauungen der Bischöfe vorschreiben zu wollen. Allein bei dieser Tatsache zeigt sich, was auf dem Spiele steht und jede Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft in dieser Beziehung ist eine Gefahr für die aus ihren Anfängen herausentwickelte Erziehungsbewegung des Proletariats, die nicht wieder vom Mindergeist erstickt werden darf.

Schließlich wandte sich Genosse Löwenstein den mit der letzten Notverordnung dekretierten Trodelaktionen des Schulwesens zu, die ebenfalls mit einem kulturellen Rückschritt gleichzusetzen sind. Die politische Vertretung der Arbeiterschaft hat nie einer planlosen Luxuswirtschaft das Wort geredet, aber nachdem man bei der Reichswehr und beim Bau von Panzerkreuzern keinerlei Sparmaßnahmen für notwendig gehalten hat, kann man es nicht als pariam bezeichnen, wenn jetzt das Schulwesen abgebaut wird, statt es umzubauen. Ein Privilegienabbau wäre eine mühsam wertvolle Sparmaßnahme geworden. Aber an dem Ballast der den Befähigten den Weg von der Volksschule auf die Universität geebnet hätte, ist nichts abgebaut worden. Man hat so rationalisiert, daß heute 1600 Studentenfakultäten vor dem Nichts stehen, die alten monarchistischen Studententräte aber den Schulen erhalten worden sind und aus den Schulen einen Feind der republikanischen Entwicklung machen. Kein Land außer Deutschland hat eine neunjährige höhere Schullaufbahn, aber auf diesem Gebiete ein Abbau wäre die Beseitigung eines Privilegs der Bourgeoisie gewesen.

Dagegen ist der Schlag gegen die Volksschulen und damit gegen die Arbeiterklasse geführt worden. Durch die Erhöhung der Klassenfrequenz sollen 7000 Lehrerstellen eingezogen werden und der neue Schlag besonders in den weltlichen Schulen anbahnende Geist soll damit wieder zum Verschwinden gebracht werden. Die Tatsache, daß in Preußen 13 evangelische und zwei katholische, aber keine weltliche Lehrerauskulten vorhanden ist, zeigt nur, daß die Forderung von Gerechtigkeit berechtigt ist und nicht davon geredet werden kann, daß die Forderung der Arbeiterschaft auf eine Bevorzugung hinausgeht.

Aus diesem Angriff der Kulturreaktion erwächst die Pflicht, durch Ummeldung der Kinder in weltliche Schulen ihr Recht zu fordern, damit es nicht gelingt, unter dem Deckmantel der Sparmaßnahmen den kulturellen Fortschritt zu begraben. Nach dem Raub der Lebensicherheit darf sich die Arbeiterklasse nicht noch die Zukunft rauben und die kommende Generation in überfüllten Klassen im Geiste der Reaktion erziehen lassen.

Mit einem Appell, den Fehdehandschuh nicht liegen zu lassen und mehr denn je zur roten Fahne zu stehen, als dem Symbol des Kampfes, des Willens und des Sieges der Arbeiterklasse über wirtschaftliche, politische und kulturelle Reaktion, schloß Genosse Löwenstein seinen mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen Vortrag und mit der gleichen Begeisterung stimmten die Versammelten in das von Genossen Rausch ausgebrachte Hoch auf die klassenbewußte Arbeiterschaft und die angestimmte Internationale ein.

Die Roten Falken grüßen ihren Führer

Genosse Löwenstein kommt nach Breslau. Das war für die Gruppen der Arbeiterkinderfreunde ein Anlaß zu einem Aufmarsch. Trotz des schlechten Wetters formierte sich am Sonnabend nachmittag ein stattlicher Zug in der Klassenstraße, um dem „Genossen Kurt“ ein herzliches „Freundschaft“ zu entbieten. Mit vielen roten Fahnen und Wimpeln unter Vorantritt des eigenen Tambourkorps setzte sich der Zug der Blaufittel in Bewegung und geleitete den Führer in das Gewerkschaftshaus.

Ein neues Arbeiterheim Die Eröffnung des Heimes des Arbeiter-Radio-Bundes

In stiller selbstloser Arbeit ist es geschaffen worden. Manches Opfer wurde gebracht, jetzt in dieser Krisenzeit nicht hoch genug zu bewerten. Schon lange war es das Ziel der Breslauer Ortsgruppe des Arbeiter-Radiobundes gewesen, ein zentrales Heim zu besitzen, das ebenso Heim wie auch Bastel- und Laboratorium sein sollte. Bis man den geeigneten Ort gefunden hatte. In der Paradiesstraße 17, in einem stillen Winkel des schönen alten Hofes gelegen, schien eine frühere Werkstatt eines Hinterhauses recht dazu geeignet. Mit einem alten, lebensfähigen Hausverwalter — der Hausbesitzer wohnt in Newporf — wurde man bald einig und so machte man sich an die Arbeit. In kurzer Zeit ist mit Hilfe der Bauhütte das Heim entstanden. Man präsentiert die sehr rührige Ortsgruppe allen Arbeiterkinderfreunden einen schönen, großen, durchaus aussehenden Lehr- und Versammlungsraum, in dem roten Farben froh ausgestattet (mit großer Tafel und Rednerpult versehen). Und dahinter schließt sich das für jeden Arbeiterfreund Allerheiligste an — das Laboratorium. Eine in allen Zinnesen und notwendigen Werkzeugen ausgestattete Bastelwerkstatt mit einer großen Anzahl selbstgeschaffenen Dingen. Ein großer Pauprecher bis zum Kurzwellenbereich, für dessen Benutzung leider bisher in Deutschland noch keine Lizenz erteilt wurde. Der Laie kann sich in dem Gemirr der Drähte, Spulen, Köhren und sonstigen blinkenden und geräuschvollen Teilen kaum zurechtfinden und überläßt sich gern der Führung eines sachkundigen Bastelfreundes. Aber er weiß wohl den Wert solcher alles selbst hergestellter Dinge hoch zu werten. Und arbeiten und ein wenig basteln möchte ein jeder auch in diesem kleinen, aber so inhaltsreichen Laboratorium des Breslauer Radiobundes.

Am gestrigen Sonntag fand in diesen Räumen eine von den eingeladenen Gästen besuchte Eröffnungsfestfeier statt. Nach einem stimmungsvoll vorgetragenen Symphoniestück Streichquartetts des Breslauer Funkorchesters trug Herr Marlik einen eigens für diesen Tag

von Genossen Grumbkow verfaßten Prolog vor, dessen wohlgeschliffene Verse das Streben dieses Bundes in dichterischer Weise hervorhoben. In ausführlicher Weise legte dann Funkfreund und Genosse Praybyski die Ziele und die Aufgaben dieses Teiles der Arbeiterbewegung dar. Nach herzlichen Worten der Begrüßung an die so zahlreich erschienenen Gäste gab er einen umfassenden Überblick über die Arbeit der Arbeiter-Radiofreunde und ihre Bemühungen um das nun eingeweihte Heim. In klarer Weise zeigte er die Aufgaben des Bundes: technische Arbeit, Einflußnahme auf die Programmgestaltung des Senders und Radiohilfe. Gerade im letzteren Sinne haben die Funkfreunde schon wertvolle Hilfe gegenüber den Alten, Armen und Siechen geleistet und viel Freude geerntet. Auch in der Programmgestaltung konnte sich durch diese Organisation und durch den freien Funkausstrahl die Arbeiterschaft gewissen Einfluß auf den Sender schaffen, wenn auch noch manche Wünsche bisher unberücksichtigt blieben. Die Bemühungen der Arbeiter-Radiofreunde auf technischem Gebiet wird durch dieses Heim noch weitere Fortschritte erfahren. Mit einem Dank an die Mitarbeiter einzelner Funkfreunde an der Ausgestaltung dieses Heimes schloß er seine Ausführungen.

Anschließend nahm noch Genosse Lüdemann Gelegenheit in kurzen inhaltsreichen Worten nicht nur hier für die Reichs- und Staatsbehörden zu sprechen, sondern auch seine eigene Bewunderung für dieses geschaffene Werk hier auszudrücken. Nachdem noch der Hausverwalter seine neuen Mieter in sehr freundlicher Weise begrüßt hatte, sprach Genosse von Grumbkow im Namen des Breslauer Senders und kennzeichnete das Bemühen der Sendeleitung, den Wünschen der Breslauer Arbeiterschaft soweit es eben ihre Vorschriften erlauben, gerecht zu werden. Mit einem weiteren Musikvortrag wurde diese schlichte Eröffnungsfestfeier beendet. Die Arbeiterschaft hat nun ein Heim für ihre Aufgaben geschaffen.

Rund um die Weltbörsen

Es fracht an allen Ecken und Enden

Die deutschen Börsen sind geschlossen. Man hat gesagt, daß man am Dienstag wieder öffnen will. Ob man dieses Versprechen einhält, weiß kein Mensch. Selbst nicht die Börsengewaltigen, die noch vor ganz kurzer Zeit die Börse „machten“. Das Spiel ist ihren Händen entglitten.

Als die Nachricht von den englischen Ereignissen in Deutschland eintraf, in der die Bank von England die Goldwährung außer Kraft setzte und die englische Börse geschlossen wurde, atmete man in Deutschland auf. Es bot sich die Gelegenheit, auch die deutschen Börsen zu schließen, was man schon seit Tagen gewünscht hatte. Die englischen Ereignisse boten nur den guten Vorwand. Schon am Ende der verfloffenen Woche bestand kein Zweifel darüber, daß die deutschen Börsen einem

restlosen Zusammenbruch aller Kurse

entgegen trieben. Damals wußte man noch nichts von der Pfundkrise. Sie hat natürlich die ganze Situation verschärft. Aber schon vorher warf das Ausland trotz aller Stillhaltevereinbarungen deutsche Effekten und Rentenwerte auf den Markt, zog sein Geld ab, verkaufte die Mark im Ausland und brachte an manchen Tagen eine gefährliche Beunruhigung in die Markstabilität. Das war natürlich für die Verkäufer mit schweren Verlusten verknüpft. Aber man kann der Reichsbank nur zustimmen, wenn sie es ablehnte, irgend eine Stützungsaktion vorzunehmen. Allerdings mußte man dabei mit der Tatsache rechnen, daß deutsche Aktien und deutsche Rentenwerte wertlos zu werden drohten. Dauernd hätte die Reichsbank auch nicht in ihrer Passivität verharren können. Einmal mußte etwas geschehen. Die Schließung der deutschen Börsen war unvermeidlich. In diesem Punkt standen wir, als der Glücksfall für Deutschland eintrat, der Ausbruch der Finanzkrise in England.

Was den deutschen Börsen beschieden gewesen wäre, wenn uns der englische Zufall nicht zu Hilfe gekommen wäre, sehen wir an den Weltbörsen. Es zeigt sich ein wildes Hin und Her. Haussen und Baissen lösen einander an den Kapitalmärkten ab. Irgendwo ist ein normales Funktionieren zu entdecken. London zeigt Kurszusammenbrüche, aber auch Kursprünge nach oben. Kurzes Glück, an dem man sich nicht lange freuen wird. Es handelt sich nicht um eine gesunde Aufwärtsbewegung, sondern um eine

ausgesprochene Inflationshaufe.

vor der ja auch tageweise die deutschen Börsen standen, bis in letzter Minute durch die scharf absehnende Erklärung der Reichsbank gegen alle Projekte der zahllos auftretenden Inflationisten die Gefahr abgelenkt wurde. Das ist viel wert, wenn auch die deutschen Börsen vor ihrer Schließung nie erreichte Kurstiefstände zu verzeichnen gehabt haben.

Wo die Börsen offen sind, herrscht ein wilder Taumel und die größte Unklarheit. In Paris ist man sich anheimelnd nicht klar, ob man die Kurse nach oben treiben oder stürzen soll. Jedenfalls macht man beträchtliche Unterschiede. Das ist äußerst interessant. So zeigt sich deutlich

Mißtrauen gegen die französischen Banken.

die die Kursverluste der Bankaktien deutlich erkennen lassen. In Amerika hat man versucht, durch das Verbot von Börsengeschäften starke Kursabschläge zu verhindern. Das Mittel hat einen Tag geholfen. Dann ging es wieder kräftig abwärts. Man kann sich eben der Finanzkrise nicht entziehen. Auch in Amerika nehmen die Lohnsenkungen der führenden Industrieruhrs, neue Stilllegungen und Einkürzungen allmählich europäisches Ausmaß an. Die Kurszusammenbrüche häufen sich und die Wirkungen gehen in alle Welt, nach dem Geiz der Verflechtung der Wirtschaften aller Länder. Die Börsen sind überall erschüttert bis in den fernsten Ozean. Überall herrscht Desorganisation in schlimmster Maße.

Man sagt, so gehe es nicht weiter!

Das haben wir in Deutschland seit langem erkannt. Dieses Wort ist bei uns ein geselliges Wort geworden. Wenn die ganze Entwicklung in den letzten Tagen ein Gutes hat, dann das, daß man diese Wahrheit auch im Auslande erkennt. In England hat man über die Weltkrise und ihre Ursachen allmählich vernünftig denken gelernt. In Amerika dämmert es schon seit Monaten. Und selbst unsere direkten Nachbarn fühlen, daß sich die Geldpest auch in ihre Adern einschleicht, und fühlen sich von Tag zu Tag mehr bedroht. So wird in der Krise der psychologische Untergrund, um gemeinsam an das Werk der Liquidierung der Krise zu gehen.

Im Grunde genommen handelt es sich um die Liquidierung des Weltkrieges, die Streichung der politischen Schulden und

wir wollen es einmal ganz offen aussprechen, die restlose Beilegung aller privaten kurzfristigen Kredite.

Das entspricht wohl nicht den „Eigentumsbegriffen“, wie sie sich in den Nachkriegsjahren herangebildet haben, wohl aber dem Grundgesetz der kapitalistischen Wirtschaft, daß derjenige, der Profite einheimen will, auch das Risiko des Kapitalverlustes zu tragen hat. Der Augenblick ist eben gekommen, wo Verteidiger und Träger des kapitalistischen Systems Opfer bringen müssen, wenn überhaupt etwas gerettet werden soll. Die breiten Massen haben ungeheure Opfer durch Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen gebracht in einer unheimlichen und heftigen Verminderung der Lebenshaltung. Das Unternehmertum aller Länder hat sich eingebildet, an Opfern vorbeikommen zu können. Man wollte die Lasten der Krise auf die breiten Massen abwälzen. Es zeigt sich jetzt, daß das nicht geht. Ueber 50 Milliarden Mark sagabundieren in kurzfristigen Krediten durch alle Welt. Sie

erfordern ungeheure Zinslasten, die auf die Lebenshaltung der breiten Massen brüden. Diese Kredite hat man irgendwie investiert, in Anlagen und Maschinen, die keinen Nutzen mehr abwerfen, weil sie stillstehen. Sie verdienen die Zinsen nicht mehr, sie sind verloren. Daraus kann nur folgern, daß durch diese Kredite unbedingt ein Strich gemacht werden muß.

Die Wirtschafts- und Finanzsachverständigen aller Welt haben diese Forderung schon lange und oft aufgestellt. Zum ersten Mal einmütig in Basel. Wird man jetzt endlich diese Vorschläge aus den Schreibtischschubladen hervorzahlen? Wird man endlich erkennen, daß die Weltwirtschaftskrise ohne Opfer des Kapitals nicht zu überwinden ist?

310 000 Textilarbeiter werden tariflos

Eine Konferenz der Textilarbeitervertreter Sachsens, die in Rengersdorf stattfand, beschäftigte sich mit der Kündigung der Lohnsätze durch den Arbeitgeberverband,

Statistiken mögen sie nicht die Herren Textilunternehmer

Die sächsischen Textilunternehmer fordern nichts mehr und nichts weniger von der Reichsregierung, als daß das Statistische Reichsamt seine Arbeiten auf lohnstatistischem Gebiet einstellt.

Die Statistik über die Entwicklung der Tariflöhne wurde etwa vor zehn Jahren unter tatkräftiger Mitwirkung der Gewerkschaften aufgenommen. Den Unternehmern war diese Arbeit immer ein Dorn im Auge. Das trifft besonders für die Unternehmer der Textilindustrie zu.

Vor längerer Zeit ging das Statistische Reichsamt daran, der Tariflohnstatistik eine breitere Grundlage zu geben. Die Vorbereitungen dazu wurden unter Mitarbeit der Gewerkschaften getroffen. Alles schien in bester Ordnung. Plötzlich erhoben die Textilarbeitgeber Einspruch gegen die Einreichung der Textilarbeiter (Spinner und Weber bzw. Wirker und Stricker) unter die Rubrik der Facharbeiter. Nach Meinung der Herren Syndicis sind die Textilarbeiter keine Facharbeiter, sondern nur angelernte Arbeiter. In einer Besprechung, die im Statistischen Reichsamt unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfand, konnte eine Einigung nicht erzielt werden, weil die Arbeitnehmervertreter nicht zulassen konnten, daß die Textilarbeiter als angelernte Arbeiter gelten sollten.

Das Statistische Reichsamt hat nun auf der neuen breiteren Grundlage zum ersten Mal die Tariflohnstatistik veröffentlicht. Der Einspruch der Textilarbeitgeber hat so verheerend gewirkt, daß die Statistik ein abschreckendes Beispiel dafür geworden ist, wie eine Statistik nicht sein soll. Man hat nämlich „der besonderen Schwierigkeiten“ wegen die Frage offen gelassen, ob die Spinner und Weber unter Facharbeiter oder angelernte Arbeiter einzureihen sind. So hießt denn die Statistik dem Betrachter die Kuriosität, daß die Textilarbeiter mit gleichen Lohnsätzen sowohl unter „Facharbeiter“ als auch unter „angelernte Arbeiter“ erscheinen. Wohl gemerkt, in beiden Rubriken sind die gleichen Lohnsätze angelegt! Bei der Durchschnittsberechnung hat man dann nach dem Rezept „Man nehme...“ die Textilarbeiter zu je 50 Prozent unter „Facharbeiter“ und „angelernte Arbeiter“ bezugsfähig.

Man ist versucht, über diese Art Statistik sich lustig zu machen, wenn es sich hier nicht um bitteren Ernst handelt. Das Ziel der Unternehmer ist, die Textilarbeiter nur als angelernte Arbeiter gelten zu lassen. Man will verhindern, daß die niedrigeren Löhne der Textilarbeiter in der amtlichen Statistik mit den höheren Löhnen der Facharbeiter verglichen werden. Man will die niedrigeren Lohnsätze der Textilarbeiter verschleiern. Auf das Reichsstatistische Amt wirkt das alles kein gutes Licht. Was soll man von einer Behörde, die unbedingt objektiv sein muß, denken, wenn die Arbeitgeber nur etwas fordern und beim Reichsstatistischen Amt weitestgehend entgegenkommen finden. Vielleicht liegen auch die Dinge so, daß die Syndicis der Textilarbeitgeber die amtliche Statistik nur lächerlich machen wollen. Anders kann man die ganze Angelegenheit nicht auffassen. Die Textilarbeiter verlangen, daß sie von der amtlichen Statistik nicht als Arbeiter zweiten Grades bemerkt werden, insbesondere müssen sie den Syndicis, die keinerlei praktische Erfahrung haben, das Recht abprechen, ihre Arbeit derart zu bewerten. Jeder, der längere Zeit in einem Textilbetrieb tätig war, weiß, daß der Beruf eines Spinners oder Webers eine ganze Menge Kenntnis der Arbeitsmaschinen und des zu verarbeitenden Materials erfordert. Dazu gehört nicht, wie die Syndicis behaupten, eine Anlernzeit von einigen Wochen, sondern jahrelange Tätigkeit, Erfahrung und Fortbildung. In Jahren guter Konjunktur erleben wir immer wieder, daß die Arbeitgeber in der Textilindustrie über 100 000 an Facharbeitern klagen. Wenn man einen Textilarbeiter so ohne weiteres anlernen kann, dürfte doch kein Facharbeitermangel bestehen. Das also zeigt deutlich, daß für die Arbeitgeber bei ihren Anforderungen an die amtliche Statistik lohnpolitische Momente ausschlaggebend waren. Traurig, daß das Reichsstatistische Amt dem nachgab. Die amtliche Statistik darf nicht zum Faktor lohnpolitischer Maßnahmen werden.

Verbindlicher Lohnsatz für die Kristallglasindustrie

Der Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramik- und Glas, hat beim Reichsarbeitsminister einen Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Lohnsatzvertrages gestellt. Diesem Antrage ist nunmehr stattgegeben worden durch die Entscheidung vom 17. September mit Wirkung ab 1. September 1931. Damit ist der Lohnsatzvertrag auch für diejenigen Betriebe rechtsverbindlich geworden, die nicht Mitglied des Zentralverbandes der Glasindustriellen des Reichsgebietes sind.

wonon 310 000 Textilarbeiter betroffen werden. Einmütig festgestellt, daß der im Frühjahr 1931 von den Schlichtungsinstanzen durchgeführte Lohnabbau, der ohne Berücksichtigung der Arbeiterkraft und die Wirtschaft ausgerechnet hat, Senkung der Kaufkraft breiter Massen, auf die gerade die Industrie ganz besonders angewiesen ist, führte zur Stilllegung von Betrieben, zur Kurzarbeit und zu weiterer Arbeitslosigkeit. Konferenz war der einstimmigen Auffassung, daß dieser Entschluß Einhalt geboten und der Fehler, der durch den Lohnabbau gegangen worden ist, im Interesse der Arbeiterkraft und der gesamten Wirtschaft, auf dem schnellsten Wege wieder gut zu werden muß.

100 000 Mitglieder gewonnen. Auf Grund einer intensiven Organisationskampagne ist es dem Niederösterreichischen Gewerkschaftsbund gelungen, seine Mitgliederzahl im Jahre 1927 bis 1931 von 200 000 auf 300 000 zu erhöhen.

Die Kreditverhandlungen für den Warenhaushalt Karstadt sind abgeschlossen. Es handelt sich dabei um die Währung eines Ueberbrückungskredites in Höhe von 20 Millionen Mark.

Mittelstandskampfstreife

Der „Landesauschuss des Sächsischen Kleinhandels Dresden“ konzipiert Künge am laufenden Band. Nachdem vor kurzem vor den kommunistischen Dredtaren gespannt um die weiteste Verbreitung bolschewistischer Schwindels über die triebunkosten bei der Groß-Einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine gejagt hat, schnappt er jetzt die Nachrichten des Zusammenbruchs des „Bremer Konsum- und Wirtschafts-Aktiengesellschaft“ auf, um in größerer Aufmachung „Vorläufige Mitglieder in Konsumvereinen“ zu predigen. Gebuldiges für eine auffällige Annonce fand er alsbald im „Tageblatt für den Arbeiter“ Nr. 208 vom 7. September 1931.

Durch den Zusammenbruch des Bremer Konsum- und Wirtschaftsvereins in Verbindung mit der Beamtenbank in Berlin werden wieder einmal weiteste Kreise der Verbraucher ihre sauer verdienten Spargroschen verlieren, beträgt doch die Bilanz 810 484 Mark, während das Aktientkapital nur 600 000 Mark und die Reserven 112 617 Mark betragen. Vielleicht aber auch in den Vermögensposten noch weitere Verluste enthalten, sind doch Grundstücke und Gebäude mit 1,74 Millionen Mark eingemortet, nach den bisherigen Erfahrungen, aber noch eine Million Mark Verlust enthalten sein kann. Die Einzahlungen der Mitglieder seitens der Verbraucher sind also wieder einmal verloren. Ein solches Risiko, daß die Verbraucher durch Erwerb der Mitgliedschaft in Konsumvereinen oder ähnlichen Gründungen eingehen, bleibt all denen erspart, die ihren Bedarf des täglichen Lebens beim ortsnahen Kleinhandel und Gewerbe decken. Sie nachgewiesenermaßen stets beste Qualitätsware zu billigen Tagespreisen bekommen. Selbst wenn hier der eine oder andere in Anspruch wird und die Labentür schließen muß, so hat doch hier Kunde seiende Verbraucher hiermit nicht das geringste zu tun. Hier verliert er also nicht einen Pfennig, während er Mitglied eines Konsumvereins mit Anteil und Haftung. Die Einzahlungen eventuell gerichtlich erzwungen werden können, etwa hier entstandene Verluste aufzukommen hat.

Eine Aktiengesellschaft wird in eine Genossenschaft umgewandelt und dann den Verbrauchern vorgeschlunzt, daß ein Teil der Schadensgenossen an der Bremer Wasserfante mit „Anteilhaftigkeit“ in der Patzche sitzt. Unständige „treudeutsche“ Mittelstandsgesinnung!

Deutschland hat den höchsten Schweinebestand

Über Millionen können sich kein Fleisch kaufen.

Die Wirtschaftskrise häuft Unjännigkeiten auf! Sinnigsteiten: In einer Zeit, wo Millionen kaum noch Fleisch essen, haben wir in Deutschland den höchsten Schweinebestand. Nach der Zusammenlegung der Bestände ist damit rechnen, daß wir in der Zeit von Januar 1932 bis etwa Juni 1932 äußerst tief liegende Schweinepreise erhalten. Dann dürfte, folge der Produktionsdrosselung, der Preis wieder ansteigen. Nach der Schweineerzeugung vom 1. September 1931 gibt sich ein Schweinebestand von 25,3 Millionen Stück, gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres bedeutet das eine Steigerung um rund 1,9 Millionen Tiere = 8,2 Prozent. In die Zunahme sind alle Altersklassen beteiligt. Seit der Juniabnahme 1931 hat sich der Gesamtbestand um 2,8 Millionen Tiere = 12,5 Prozent vergrößert. In der Vergleichszeit des Vorjahres betrug dagegen die Zunahme 3,6 Millionen Tiere = 18,3 Prozent und im Jahre 1929 rund 2,8 Millionen Tiere = 16,7 Prozent.

Der Wochenumsatz im Zentralverband Deutscher Konsumvereine

wird für den Monat August 1931 mit 6,47 Mark angegeben gegenüber 8,12 Mark im August 1930 und 5,78 Mark im August 1929. Der Rückgang im Umsatz erscheint besonders scharf gegenüber dem Monat Juli 1931, wo immerhin ein Durchschnitt von 7,07 Mark zu verzeichnen war. Er macht etwa 8,5 Prozent aus. Zentralverband bemerkt zu dem Umsatzrückgang unter anderem folgendes: „Die Verringerung des durchschnittlichen Wochenumsatzes je Mitglied der Konsumgenossenschaften gegenüber dem Vorjahr verdient eine vorsichtige Betrachtungsweise. Der Preisfall, die Einkommensminderung und der wachsende Mitgliederkreis der Konsumgenossenschaften (der Umsatz der neugewonnenen Mitglieder gleicht sich dem Durchschnittsumsatz des älteren Mitgliederstandes erst nach und nach an) beeinflussen die Entwicklung des konsumgenossenschaftlichen Durchschnittswochenumsatzes je Mitglied in einer besonderen Art.“

Katastrophe bei einem Schweizer Flugmeeting

Ein gestern vom Zentralschweizerischen Verein veranstaltetes Flugmeeting in Luzern mußte infolge eines schrecklichen Unglücks vorzeitig abgebrochen werden. Als der Kunstflieger Gerber, reich seine Akrobatikflüge unternahm und niedergehen wollte, lag er in so geringer Höhe, daß der Apparat einen Teil der Luftschauer freiste. Drei Personen wurden getötet, 20 Personen verletzt, darunter drei bis vier schwer. Nach einer weiteren Meldung stürzte das Flugzeug aus 50 Meter Höhe in die Zuschauermenge ab, wobei sich der Apparat in die Erde einschlug. Getötet wurden drei Frauen, von denen zwei im Alter von vier bzw. vierzehn Jahren standen. Die dritte Leiche noch nicht identifiziert. Zu den 21 Verletzten kommt noch eine große Anzahl Leichtverletzter hinzu, die ärztliche Hilfe bis jetzt noch nicht in Anspruch nehmen mußten. Auch der Pilot erlitt schwere Verletzungen.

Schiffsbrand in den Stockholmer Schären

Das norwegische Motorschiff „Larsvissjord“ geriet in den Stockholmer Schären infolge einer Explosion des Deckschalters in Brand. Das ganze Schiff, das bald in hellen Flammen stand, wurde völlig zerstört. Die 33 Mann starke Besatzung, die in die Rettungsboote gegangen war, wurde von dem finnischen Dampfer aufgenommen.

Taucher in Not

In Southwick bei Brighton an der Themsemündung war ein Taucher zu Arbeiten an einem Schleusentor auf den Flußgrund gestiegen, wurde aber im Schlamm des Klüßbettes in 12 Meter Tiefe festgehalten. Als SOS-Zeichen geschrien wurde, wurde ein zweiter Taucher herbeigeholt. Er nahm eine Schiefertafel, auf der sein in Todesgefahr schwebender Kollege rief, das Schleusenwasser auszupumpen, um ein Wasserdruck zu mildern. Weiter war auf der Tafel zu lesen, daß Frau und Kinder des Gefährdeten von dem Unglück nicht informiert werden sollten. Aber die Frau und die sieben Kinder des Tauchers warteten weinend und betend am Schleusenrand, nachdem die Feuerwehr einen Teil des Wassers ausgepumpt hatte, schoß der Taucher plötzlich nach oben und konnte endlich seiner schweren Ausrüstung befreit werden.

Der Ausbruch des Krakatau

Die bereits gemeldeten Ausbrüche des Inselvulkans Krakatau, die anfangs eine Höhe bis zu 200 Metern erreichten, haben einen ziemlich bedrohlichen Charakter angenommen. Bei dem neuerlichen Ausbruch wurden die Feuer- und Gesteinsmassen bis zu 2000 Meter hoch geschleudert. Zur weiteren Beobachtung wurden an den verschiedensten Stellen Küstenwachen eingesetzt. Das in der Nähe des Vulkans befindliche Observatorium mußte geräumt werden. Die von den Vulkanmassen gebildete Insel ist nach den letzten Ausbrüchen von neun auf 45 Meter Höhe angewachsen.

Rückgang der Gletscher

Die Gletscher-Kommission des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins meldet einen Rückgang der Alpengletscher. Im Jahre 1930 betrug der Rückgang der Hauptgletscher durchschnittlich etwa zwanzig Meter. Die größten Rückbildungen wurden am Karls-Eisfeld des Dachsteins und am Sulzenau-Ferner der Stubai Alpen gemessen. Eine entgegengesetzte Entwicklung ließ sich nur am Langenthaler Ferner in den Zentralalpen beobachten. Besonders stark war die Abnahme der Eisdicke wurde bei der Passerze an der Hoffmannshütte mit fünf Metern in einem, mit 16 Metern in drei Jahren festgestellt. Das landschaftliche Bild einzelner Gletscher ist in den letzten Jahren durch diese Erscheinungen wesentlich verändert worden. Die Abnahme der Dicke hat die Begehung der Gletscher vielfach erleichtert.

Choleraepidemie im Irak

Die Choleraepidemie, die in der Stadt Basra fast ganz erloschen ist, breitet sich auf dem Lande aus. Zahlreiche Todesfälle werden gemeldet.

Patentstreit um „Do X“

Gegen das zurzeit in New York liegende Flugboot „Do X“ wurde, wie bereits gemeldet, von den amerikanischen Erfindern Howard Hughes und T. H. Morgan ein Antrag auf Beschlagnahme gestellt. Der Antrag wurde Patentverletzung eingeleitet. Der Protest der Kläger bezieht sich auf die Anbringung der Propeller über den Tragflächen; die Kläger behaupten, durch Beschluß des Patentsamts der Vereinigten Staaten seit 1. Dezember 1918 gemeinsame Besitzer der Patente zu sein. Die Beschlagnahmeantrag offiziell noch nicht in Kenntnis gesetzt worden ist, vertritt den Standpunkt, daß ein Eingriff in die Rechte eines Patentinhabers nicht in Frage käme, wenn die patentierten Einrichtungen nur zeitweilig in einem Lande gebraucht werden. Ein solcher Fall liege hier vor.

Mehr Alkoholverbrechen

Eine in London veröffentlichte Statistik läßt ein Anwachsen der Trunksucht erkennen. Im Jahre 1929 wurden in England 1995 Personen „wegen Trunkenheit“ verurteilt, im Jahre 1930 2050 Personen.

Zuchthausantrag gegen „Sturm 33“

In dem in Berlin-Moabit seit mehreren Wochen verhandelten Prozeß gegen die drei Nationalsozialisten „Sturm 33“, die angeklagt sind, in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar den Arbeiter Otto Grünberg erschossen und zwei andere Arbeiter schwer verletzt zu haben, stellte Staatsanwaltschaftsrat Stehning am Sonntag Zuchthausanträge. Der Schlächtergeselle Paul Foner soll wegen Kaufhandels in Tateinheit mit erschwertem Totschlag und verjährtem Totschlag, sowie wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einer Gesamtstrafe von zehn Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt werden; der Zimmerpolier Fritz Dommig wegen Kaufhandels in Tateinheit mit verjährtem Totschlag, wegen unbefugten Waffenbesitzes und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust; der Angeklagte Fricke wegen Kaufhandels in Tateinheit mit verjährtem Totschlag und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu zwei Jahren acht Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Die französischen Minister in Berlin



Die Ankunft Sonntag, morgen auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Von links nach rechts: Reichsaußenminister Dr. Curtius, der französische Außenminister Briand, der französische Ministerpräsident Laval, Reichskanzler Brüning.

Tote als Wähler

Reportage aus der Marseiller Unterwelt — Geheimnisvolle Gespräche und plötzliche Schüsse
„Zehn Personen passieren mit mir“

In Marseille ist ein großer städtischer Skandal ausgebrochen. Man mußte feststellen, daß bereits seit Jahren mehrere hundert Tote regelmäßig städtische Unterstützungsgelder bezögen und auch pünktlich quittiert haben. Die Stadt ist auf diese Weise um Millionen geschädigt worden.

Die Meldung klingt schon etwas weniger phantastisch, wenn man bedenkt, was sich bei Parlaments- oder Magistratswahlen in Marseille fast regelmäßig ereignet. Zum Inventar derjenigen Bars, in denen sich Tag um Tag die Vertreter der Marseiller Unterwelt einstellten, gehören auch ein paar Duzend Wählerausweise von Seeleuten, die auf großer Fahrt sind, aber auch von längst Verstorbenen. Diese Wählerarten werden bei den Wahlen von den Stammgästen der Bars zu Gunsten „ihrer Kandidaten“ benutzt. Kein Wunder, wenn sich Politiker um die Sympathien der Barstammgäste bemühen. Hinter ihren Wünschen stehen jedesmal tausende Wählerarten. Wer weiß nun, was für merkwürdige „Seeleute“ sich von der Stadt auf Ausweise Unterpöbel auszuweisen ließen.

Man sieht: die Marseiller Unterwelt weiß sehr wohl mit der Oberwelt in regem Konnex zu sein; man darf sich überhaupt nicht in einer Neigung für Romantik ihre Kneipen als finstere, ungemütliche Kneipen vorstellen, in denen wildstinkende Männer Dolche schleifen oder die Schlitten automatischer Pistolen klappen lassen. So ein Lokal nennt sich „Bar“, wie alle die anderen kleinen Cafés in Marseille oder jeder beliebigen französischen Stadt. Es ist meist ein langer, schmaler Raum, der am Tage sein Licht durch die stets offene weite Tür empfängt. Auf dem langen Schantisch blinkt die unvermeidliche Zypress-Kassensmaschine, in der der Kaffee durch Dampf extrahiert wird. In den Regalen hinter dem Schantisch leuchten Fruchtäfte, Aperitifs und Liköre in allen Farben des Regenbogens. Und der Wirt hat alle Hände voll zu tun, um seinen Gästen prompt den köstlichen schwarzen Kaffee mit und ohne Sahne oder die gewünschte Apéritif-Mischung zu servieren. Die Gäste? Sie sehen meist aus wie gutgefällige Kleinbürger, die etwas auf ihrem Ruf halten und gut gekommen sind, um mit ihren Freunden einen Früh-, Nachmittags- oder Abendhappchen zu nehmen. Muß noch gesagt werden, daß Unterweltkneipen nicht etwa nur in den Vorstädten liegen, nicht nur in üblen Gassen, sondern mitten im Zentrum der Stadt, in der berühmten Cannobière, am Cours Belzunce oder in höchst respektablen Querstraßen? Ja, es kann vorkommen, daß eine und dieselbe Bar gleichzeitig Geschäftslokal von Kokainhändlern und Stammlokal der Polizeibeamten ist.

Wer etwa am Abend so eine Bar betritt, wird erstaunt sein, lauter friedliche Kleinbürger zu finden, die sehr sehr mühsig trinken und mit gedämpfter Stimme sprechen. Worüber? Ueber Geschäfte. Ueber Kuppelerei, Kokainhandel, Eisenbahndiebstähle, Fehlgerei und so weiter. Zwei Männer an einem kleinen Tischchen haben sich lange angelegentlich unterhalten. Sie scheinen handelsmäßig geworden zu sein. Einer von beiden verschwindet in den Hinterräumen der Bar. Wenn man ihm unbemerkt folgte — man tue es lieber nicht! — würde man sehen, wie er einen

engen, schachtähnlichen Hof betritt und einen Pfiff ausstößt. Nach kurzer Zeit wird sich ein Fenster in einem der oberen Stockwerke öffnen, und ein Mädchen wird an einer Schnur heruntergelassen werden — Kotain. Der Händler wird sich hüten, es etwa den ganzen Tag bei sich zu tragen.

Doch nicht immer werden nur leise Geschäfte abgewickelt. Es kann vorkommen, daß sich am Abend plötzlich die Tür der Bar öffnet. Ehe jemand den Ankömmling erkennen kann, kracht ein Revolvererschuß, und einer der Gäste, der gerade sein Glas Vermouth zum Munde führen wollte, sinkt lautlos um. Entsteht eine Panik? Keineswegs! Der Wirt geht ans Telefon und führt ein kurzes Gespräch. Zwei ernste Männer erheben sich von ihren Stühlen, richten den Erschossenen wieder auf, so daß er dasitzen wie ein Lebender, und setzen sich wieder seelenruhig an ihr Tischchen. Nach einigen Minuten fährt ein Automobil vor der Bar vor. Zwei, drei Männer treten ein, heben die Leiche auf und tragen sie zum Auto, das gleich wieder abfährt. Zur Polizei? Wer redet hier von Polizei? Der Wirt hat den Leichenbeseitigungsdienst der Marseiller Unterwelt angerufen; er funktioniert prompt. Die Leiche wird nach einer kleinen Meeresbucht bei Les Goudes, zwölf Kilometer von Marseille, gebracht. Dort wird sie mit Eisenbraut umwickelt, beschwert und dann ins Meer versenkt. Nur selten wird eine derartig behandelte Leiche aufgefunden.

Wenn ein Unterweltmann eine Reise unternehmen will oder muß, etwa weil die Polizei sich unangenehm für ihn interessiert hat, dann bestellt er sich seine Fahrkarte. Nicht bei Cook oder einem anderen Reisebüro, sondern bei der entsprechenden Organisation der Unterwelt. Diese Organisation hat ihre Vertreter auf allen großen Bahnhöfen des Südens. Wenn ein Zug ankommt, tritt ein Mann mit der Dienstnummer der Bahngesellschaft an Touristen, besonders Ausländer, heran und nimmt ihnen ihre Fahrkarten, meist zwei Monate gültige Fahrkartehefte, ab. An der Sperre sagt er dem (vielleicht eingeweihten) Schaffner: „Zehn Personen passieren mit mir“, und schon ist der Fall erledigt. Er hat zehn Fahrkartehefte, die bestimmt zum Teil unterwegs nicht entwertet worden sind, und nun dem Reisebedürfnis der Unterwelt dienen.

Selbstverständlich werden auch falsche Pässe und andere Papiere in Marseille fabriziert und vertrieben. In einer Bar am marseillischen alten Hafen gibt ein Spezialist dieser Branche. Bei ihm kann man alle Ausweispapiere bestellen, die man braucht. Man zahlt natürlich im voraus, aber man kann damit rechnen, die bestellten Dokumente pünktlich und absolut einwandfrei zu erhalten. Ein Paß mit den Einreisegenehmigungen von fünf verschiedenen Ländern ist schon zum Preise von 500 Francs (etwa 80 Mark) zu haben...

Denkmäler am laufenden Band

Nach dem Muster der Berliner Siegesallee plant man in Moskau die Aufstellung einer ganzen Reihe von Denkmälern im „Park für Kultur und Erholung“, die „Adarnik“ darstellen sollen, das heißt Helden der Arbeit, die sich durch besondere Leistungen hervorzuheben haben. Um Zeit und Kosten zu sparen, werden die Denkmäler aus Gips, der mit Metalllegierungen bespritzt wird, angefertigt.

Ein Opfer der Hamburger Wahlpropaganda

Die Propagandatätigkeit der Parteien für die Hamburger Bürgerstimmwahlen hat in der Nacht zum Sonntag ein Opfer gefordert. Mit einer schweren Schußwunde am Kopf wurde ein Anhänger der SPD, Johann Harms, besinnungslos aufgefunden. Vermutlich hat Harms Wahlplakate geklebt und ist dabei von Gegnern niedergeschossen worden.

Gurgle trocken...
mit **Wobnol**
Wobnol schützt Dich alle Jahr
vor Erkältung und Katarrh!

